

# Arbeiter-Zeitung

Erstausgabe 17 Groschen mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Regulär 8 Groschen wöchentlich 6.50 DM, monatlich 22.50 DM. Einzelnummer 10 DM. Durch die Post bezogen monatlich 22.50 DM unter Streichzahl 2.50 DM. **Abonnementpreis:** Die gebrauchte Millimeterzahl über deren Raum 12 DM. Vereins- und Verbandsabonnementen 8 DM. **Postlagerpreis:** Die gebrauchte Millimeterzahl über deren Raum im Text 70 DM. — **Schluß der Inseratenannahme:** 6. der Haupt-Ausgabe 8 Uhr; in den Mittel-Ausgaben am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der RKP, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schöfländer (März 1920 ermordet)

Hauptschriftleitung: Berlin 10, Kreuzberg, Straße 50, Telefon 4719. Wochenedition: Berlin 544, Wittenbergsstraße, Kreuzberg, Straße 50, Telefon 5537. Überregionaler Redaktion: Berlin 12-13, Monbijou 218, Freitag von 17-18 Uhr. — **Abonnement:** Gleicher Millimeterzahl 80 DM. Telefon 1000. **Werbeblätter:** Günter & Telefon 2284. **Wochenschau:** von 8-10 Uhr. **Verkauf:** am Hauptverlagsort Berlin. — **Verlag:** Sozial-Demokratischen Arbeiter-Verlag, Berlin 54, Kreuzberg, Straße 50. m.b.h. Breslau. — **Druk:** „Neudag“, Berlin 54, Kreuzberg, Straße 50.

## Borläng fein RSB.-Verbot!

### Reichsgericht empfiehlt die sozialdemokratische Unterdrückungsmethode

Leipzig, 2. Mai.

Dem Reichsinnenminister ist heute vom vierten Strafzenat des Reichsgerichts folgendes Telegramm zugegangen:

„In Sachen Rotfrontkämpferbund hat das Reichsgericht, vierter Strafzenat, heute beschlossen:

1. Die Weigerung der Landeszentralbehörden, dem Ersuchen des Reichsinnenministers vom 16. April 1928 auf Verbot und Auflösung des gesamten Rotfrontkämpferbundes, der Roten Marine und der Roten Jungfront mit sämtlichen Ortsgruppen nachzukommen, ist begründet.

2. Die Kosten des Verfahrens werden dem Reiche auferlegt.

Der Senat hält die Voraussetzungen des § 129 des Reichsstrafgesetzbuches für den ganzen Rotfrontkämpferbund und sämtliche Ortsgruppen nicht für erwiesen. In Frage kommen nur Einzelverbote für bestimmte Ortsgruppen oder Dauer, bei denen jener Beweis vorliegt. Solche Verbote stehen heute nicht zur Entscheidung des Gerichts. Nähre Begründung folgt.“

III. Berlin, 2. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist eine Stellungnahme des Reichsinnenministeriums zur Rotfrontkämpferbund-Entscheidung des Reichsgerichts nicht vor der Rückkehr des Reichsinnenministers von Neudell, der sich zurzeit auf einer Wahlreise befindet, zu erwarten. Neudell dürfte morgen im Laufe des Tages wieder in Berlin sein.

Das preußische Innenministerium wird voraussichtlich von einer besonderen Stellungnahme Abstand nehmen, da es den Fall als erledigt betrachtet.

\*

R. Kein Zweifel, Herr v. Neudell, der wie ein Held auszog, um den Roten Frontkämpferbund zu zerstören, ist vorläufig der Unterlegene, der Hereingefallene. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs bedeutet eine glatte Verurteilung seines Schrittes. Für Herrn v. Neudell als Reichsminister ist das obige Leipziger Telegramm ein Schallende Ohrröhre, und wir begreifen, daß er sich jetzt einige Tage Zeit nimmt, ehe er darauf antwortet. Daß wir dem Freunde der Kapp-Putschisten, dem schwarzweizroten Reaktionär, diesen Fuhtritt gönnen, ist selbstverständlich.

Über — und damit kommen wir zu der wichtigeren, politischen Seite der Staatsgerichtshofentscheidung — warum haben die Leipziger Richter es abgelehnt, das Vor-gehen des Herrn v. Neudell zu bedenken?

Etwas deshalb, weil sie heimliche Freunde des Roten Frontkämpferbundes sind? Oder gar, weil sie als fanatische, überzeugte Demokraten in seinem Verbot eine verfassungs-widrige Maßnahme sehen? All das durchaus nicht!

Nein, die Herren des Staatsgerichtshofes haben sich deshalb gegen den Innenminister Neudell ausgesprochen, weil ihnen sein Vorgehen zu dum, zu plump erscheint. Auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum waren ja der Auffassung, daß vor allem der Zeitpunkt zu einem Verbot des RSB. schlecht gewählt sei. Sie befürchteten, so kurz vor den Wahlen, daß die Massen der Arbeiterschaft einen zu deutlichen Anschauungsunterricht über die herrliche Wahlfreiheit der herrlichen deutschen Demokratie erhalten würde.

Deshalb also, weil sie nicht jetzt, sondern später ein Rotfrontverbot wünschen, ließen die Koalitionsfreunde Herrn v. Neudell im Stich.

Auf denselben Standpunkt haben sich auch die Leipziger Richter gestellt. Sie geben in ihrer Entscheidung dem politischen, eiskalten, terriblen Neudell geradezu ein Muster dafür, wie man ein solches Verbot durchführt. Und sie schreiben: „Solche (!) Verbote (anders begründete) stehen heute (!) nicht zur Entscheidung“. Was heißt das? Das, wenn sie später zur Entscheidung stehen, die Leipziger Richter mit Freuden zusammensetzen. Sie empfehlen die sozialdemokratische Methode der RSB.-Unterdrückung, wie sie so erfolgreich von Gräßfink im Oertmann und von Hindenburg angewandt wurde.

Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn in den Kommentaren der heutigen Morgenpresse bereits diese Linie bezogen wird. So schreibt die Zentrums-„Volkszeitung“:

„Es hätte andere Gelegenheiten wie den Wahlkampf gegeben, um den kommunistischen Roten Frontkämpferbund zu erledigen... Ein entsprechendes Gesetz würde bei einer entsprechenden

den Begründung wohl nicht nur eine Mehrheit des Reichsgerichts, sondern auch die Zustimmung der meisten Landesgerichten finden.“

Das Zentrumsschiff läßt die Kake aus dem Sack. Es zeigt, daß die Gefahr für den Roten Frontkämpferbund noch nicht vorüber ist! Nach der Wahl wird man an Stelle der Tolpatschigkeit von Neudell es mit geschickteren Methoden versuchen, ihn „zu erledigen“. Am 20. Mai werden die werk täglichen Massen auch auf diese Pläne ihre Antwort zu geben haben.

## Gesamtverband deutscher Metallindustrieller greift ein

### Zunächst finanzielle Unterstützung der sächsischen Industriellen

III. Berlin, 2. Mai. Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, im Zusammenwirken mit dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe die sächsische Metallarbeiter finanziell zu unterstützen. Weitere Maßnahmen (!) sind mit Mühe auf die vom Reichsarbeitsministerium für Freitag, den 4. Mai, angezeigten Schlichtungsverhandlungen zunächst zurückgesetzt worden.

\*

Wie wir bereits meldeten, ist der Mantelarbeitsrat für Sachsen für verbindlich erklärt worden. Für die Verhandlungen über den Lohnarbeitsrat haben die Metallarbeiter keinerlei Hoffnungen auf Lohn erhöhung. Das ganze ist ein abgelautes Spiel, um den Metallarbeiter die elenden Schiedssprüche aufzuzwingen. Schon die Verbindlichkeitserklärung des Mantelarbeitsrates kann die sächsische Metallarbeiterfahrt nicht hinnehmen. Jetzt gilt es, den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung fortzuführen. Die sächsischen Metallarbeiter dürfen sich durch das neue Mandat des Reichsarbeitsministers ebenso wenig einschüchtern lassen, wie durch die Aussperrungsdrohung der Metallindustriellen. Die Drohung mit der Aussperrung aller Metallarbeiter Deutschlands hat keinen Arbeiter wankend gemacht. In den letzten Tagen ging die Mobilisierung zur Fortsetzung des Kampfes trotz einer Verbindlichkeitserklärung der gefallenen Schiedssprüche weiter. Immer mehr Betriebe schließen sich dem Aufruf des Metallarbeiterverbandes Limbach an. Jetzt hat sich auch die Belegschaft des Sachsenwerkes Niederseiditz angeschlossen, ferner führen wir an wichtigen Betrieben noch an Presto-Werk, Chemnitz; Liebscher Hauptwerk, Chemnitz; Schiege, Leipzig usw. Die Opposition fordert jetzt mit um so schärfstem Nachdruck die Ein-

beziehung aller sächsischen Metallarbeiter in den Kampf. Wenn es auch einzelnen Betriebsräten gelungen ist, ihren Anschluß an die Kampffront durchzusetzen, arbeiten immer noch wesentliche Teile der Metallarbeiter weiter. Denn nach wie vor halten die DMA-Führer an ihrer verhängnisvollen Zersplitterungslinie fest und bieten alles auf, um die noch arbeitenden Metallarbeiter von der Arbeitsniederlegung abzuhalten.

Die Drohung der Unternehmer mit der Aussperrung aller Metallarbeiter Deutschlands legt der Gesamtarbeiterfahrt die Verpflichtung auf, die sächsischen Metallarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. In allen Gewerkschaften muß eine Stellungnahme herbeigeführt und es müssen Sympathie und Unterstützungsbeschlüsse gefaßt werden. Stein Zurückweichen vor der brutalen Aussperrungstaktik des Schachtmachers, sondern nun erst recht Einsatz der vollen Macht der Arbeiterschaft, um die Unternehmer endlich einmal an einem wichtigen Punkt zu schlagen!

### Streit in der Rheinschifffahrt

II. Duisburg, 2. Mai. Nach den heute morgen vorliegenden Meldungen liegt die ganze Rheinschifffahrt still. Die Schiffe sind auf der Rille vor ihren Beladungen angehalten worden. Die ausländische Schifffahrt ist von dem Streit nicht betroffen, dagegen sind die Schiffe unter holländischer Flagge, die deutschen Firmen zugehörig, ebenfalls stillgelegt. Im Hafen wurde heute vormittag noch gearbeitet. Auch die deutschen Schiffe wurden noch geladen. Allerdings war die Verladung an den Kippern teilweise behindert, da das Schiffspersonal fehlte. Auch Streikposten behinderten die Arbeit. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Hafenbediensteten statt. Nach der in Arbeiterkreisen herrschenden Stimmung soll der Eintritt der Hafenarbeiter in einen Solidaritätsstreik sehr wahrscheinlich sein. Infolge des Streites auf dem Rhein wurden heute an der Schifferbörse in Duisburg-Ruhrort weder Frachten noch Schlepplöhne notiert.

## Waffenlager des Breslauer Stahlhelm

### Ergebnisreiche Hausforschungen

R. Wir haben in unserer Sonnabendnummer Mitteilungen über die Bewaffnung des Stahlhelms in der Umgebung Breslaus gebracht. Es lag uns daran, aus der Fülle des uns zur Verfügung stehenden Materials an einem Einzelbeispiel nachzuweisen, wie vollständig durchgeführt die Bewaffnung der Rechtsorganisationen ist.

Die Breslauer Polizei, belästigt politisch wie kriminalistisch von erstaunlicher Ahnungslosigkeit, hat auf Grund unserer Enthüllungen dann eingegriffen. Die sozialdemokratische „Völkswoche“, die über die Vorgänge auf dem Polizeipräsidium stets gut informiert ist, meldet, daß

„die Breslauer Polizei bereits am Sonnabend eine sehr ergänzende Hausforschung bei einem Teil der (von der „A.-Z.“ genannten Personen) vorgenommen“

hat. Wir fordern das Polizeipräsidium auf, sich einmal öffentlich darüber zu äußern, wie ergänzend die Hausforschungen waren. Diese in Breslau aufgefunden

Breslauer Arbeiterschaft, wie überhaupt die gesamte Boddertang, haben ein Interesse daran, zu erfahren, welche Stärke die um die ganze Stadt planmäßig verteilten Mordbänder bereits erlangt haben.

Im übrigen werben wir am kommenden Sonnabend unserem Mitarbeiter „\*“ erneut das Wort geben.

### Vom Tage

Die Deutsche Reichsbahngeellschaft hat den formellen Antrag auf Erhöhung der Reichsbahnarbeiter-Sicherheitsabgaben eingereicht. Begegeben ist ein Generalvorstellung über die Einführung des Zweiklassenabstaus im Personenverkehr.

Voraussichtlich wird der Prozeß gegen die in Russland verschwundenen Deutschen Jagdflieger in der zweiten Hälfte des Mai

## Die Gemordter sind schwachsinnig sagen die Sachverständigen

(Eig. Bericht.) Stettin, 3. Mai.

In der heutigen Verhandlung des Gemordtprozesses wird die Beweisaufnahme voraussichtlich endgültig abgeschlossen werden. Der Stettiner Gerichtsbarzt, Dr. Kipper, erstattet ein Gutachten über den Gesundheitszustand der Angeklagten Krüger, Vogel, Bahr und Träbel. Der Sachverständige erklärt alle vier Angeklagten für schwachsinnig und dabei nicht ohne Intelligenz. (1)

Es wird ein Brief verlesen, den der Angeklagte Träbel am 29. April einem Freunde in Göttingen geschrieben hat, und in dem es u. a. heißt: „Mein Freund, am Freitag erwarte ich mein Urteil, und wie es auch ausfallen mag, glaube mir, daß ich nicht sentimental werde. Für Dich, mein Freund, bin ich ja immer rehbilitiert... Draußen traut man, während ich dies schreibe, die alten Regimentsfahnen vorbei. Der Geist, der die Marchierenden umspannt, ist der selbe, der uns besiegte und aus dem heraus das Verbrechen geschah, für das wir hier stehen.... Ein Aufschwungsbetrat könnte diesen totalitären Geist, der uns erschütte, nicht auflösen, zumal er noch systematisch gepflegt wurde. So geschah schließlich die Tat.“

Als die letzten Zeugen werden ein Hotelbesitzer aus Torgelow und ein Rats herr aus Pyritz vernommen. Der Hotelbesitzer sagte aus, daß er den Gemordeten Schmidt für einen Kommunisten hielt, weil er ihm einmal keinen Signal ausgetrunken habe, worauf ihm der Vorsitzende entgegneten muß, daß auch Anhänger anderer Partien den Signal zu hören wissen. Der Pyritzer Rats herr Krössel spricht viel von der roten Gefahr, dem roten Pöbel, den Aufrührern, den Führern der roten Gewerkschaften usw. Er sagt unter Eid aus, daß er für die Reichswehr der Empfänger von Waffen für die Reichenbach-Truppen war.

## Zur deutschen Antwort an UCA.

### Um den Friedensschlusspakt

Wie wir bereits meldeten, hat die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten auf ihr Kriegsverzichtangebot geantwortet. Die Note besagt:

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalem Abmachungen (!) geführt hat, ergibt sich für die daran beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich darüber klar zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Was Deutschland anstrebt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalt des neuen Paktes beschreiben könnten, die Föderationsabmachung und der Friede von Locarno in Betracht. Die deutsche Regierung ist aber der Überzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Verteilung der Vereinigten Staaten vorstehen, irgendwie im Widerspruch geraten könnte. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur „Selbstverteidigung“ nicht in Zweifel stellen würde. Die deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlag der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zweck in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten.

\*  
Die deutsche Note enthält also die üblichen pacifistischen Phrasen, dazu einige Unmöglichkeiten gegen Frankreich, macht aber auch selbst einige „Borbehalte“, die allerdings dem amerikanischen Standpunkt näher kommen, als der französischen Gegenentwurf.

## Kohlenpreiserhöhung beschlossen

Berlin, 3. Mai. (Eig. Druck.) Der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrates haben heute folgenden Beschluß gefaßt: Das rheinisch-westfälische Kohlenmonopol darf

seine Kohlenpreise am 1. Mai in dem Grade erhöhen, daß der Durchschnittspreis je Tonnen des gesamten Syndikatschages sich um eine Mark erhöht. Die Preise des sächsischen Steinkohlenmonopols wurden um 1,10 Mark je Tonnen heraufgesetzt.

Die Grubenbesitzer haben ihr Ziel erreicht. Durch den Abschluß des Reichskohlenrats ist die geringe Lohn erhöhung von den Schülern der Grubenbesitzer auf die der Verbraucher abgewälzt worden. Daraus sieht jeder Arbeiter, wie eng die Gewerkschaftsfragen mit den politischen zusammenhängen. Die Regierung und ihre Organe haben stets die Möglichkeit, alle Folgen der Gewerkschaftsstreiks einzufordern zu machen. Erst wenn wir eine Arbeiters- und Bauern-Regierung haben werden, wird es anders sein.

## Ungarische Pläne gegen die Tschechei?

(Eig. Druck.) Prag, 3. Mai.

Ein Alarmartikel des ehemaligen tschechoslowakischen Gesandten in Rom, Dr. Voršlý, in der „Narodní Politika“ über angebliche geheime Offensivepläne Ungarns gegen die Tschechoslowakei, hat hier großes Aufsehen erregt. Die „Widowice-Rodnici“ glauben, daß die von Voršlý erwähnten Pläne mit den vom ihnen vor kurzer Zeit gebrachten Meldung identisch seien, daß Ungarn einen Einmarsch in die Ost-Slowakei und Karpatho-Rückland plante, ähnlich der Besetzung des Burgenlandes, um in diesem Gebiet dann beim Österreich-Ungarischen Bündnis unter der Devise: Tschechoslowakei oder Ungarn durchzugehen. Man habe auf tschechischer Seite rechtzeitig von den ungarischen Plänen Kenntnis erhalten und alle Gegenmaßnahmen getroffen.

### Echt böllisch

Berlin, 3. Mai. Wie die „Welt am Abend“ zu berichten weiß, hat der völkische Graf Reventlow aus seiner Villa in Potsdam einen Leutnant aus der Wohnung herausgesetzt und die Möbel auf die Straße geworfen. Außerdem belegte er die Möbel für schuldig gehaltene Miete mit Beschlag. Alle Vorstellungen, daß der Verlust der Möbel den Ruin der Existenz des Leutnants bedeute, blieben ohne Erfolg. Graf Reventlow ließ die Möbel versteigern. Das Wohnungszamt hatte vorher erklärt, daß der Graf nicht berechtigt sei, dem Leutnant zu kündigen, worauf Graf Reventlow die Kündigung durch einen fingierten Wohnungsaufschluß erzwang.

## Die Opfer der Warschauer Maiunruhen

U. Warschau, 2. Mai. Nach den letzten Feststellungen läuft sich die Zahl der bei den gestrigen Straßenunruhen in Warschau Getöteten auf neun. Verwundet wurden 420 Personen, darunter eine größere Anzahl sehr schwer.

Warschau, 2. Mai. Wie nachträglich bekannt wird, ist es gestern auch in Sosnowice zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Ein Arbeiter erlitt durch Schläge mit dem Gußmühlenspatel schwere Verletzungen, daß er wenige Stunden später im Krankenhaus starb. In Warschau herrscht heute wieder Ruhe.

## Ungarn verlangt Bela Kun's Auslieferung

U. Budapest, 2. Mai. Die Budapester Staatsanwaltschaft hat heute vormittag eine amtliche Mitteilung herausgegeben, wonach sie die Auslieferung Bela Kun's wegen Ermordung der ukrainischen Offiziere Eshymow, Grigor, Gudelsohn, Jossy und des Artilleriehauptmanns Franz Mildner fordert.

U. Wien, 3. Mai. Wie eine Korrespondenz meldet, weiste am Mittwoch der deutsche Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld in Wien, um sich namens der deutschen Kommunistischen Partei zu vergewissern, ob eine Auslieferung Bela Kun's an Ungarn zu erwarten sei. Angeblich habe ihm der österreichische Justizminister Dr. Dinghofer versichert, daß diese nach österreichischem Gesetz nicht stattfinden könne.

## Das Ende der englisch-ägyptischen Krise

U. London, 2. Mai. Nach Übergabe der britischen Antwort auf die ägyptische Note ist hier folgende Meldung aus Kairo eingegangen: Die Spannung zwischen Ägypten und Großbritannien ist beendet. Die britische Regierung hat die Antwort der ägyptischen Regierung auf das britische Ultimatum als befriedigend erachtet.

Nach englischen Blättermeldungen aus Kairo sei man sich in allen politischen Kreisen Ägyptens darüber einig, daß das Versammlungsrecht endgültig begraben sei. Die Entwicklung der innerpolitischen Lage in Ägypten sei im Augenblick noch nicht klar, doch erscheine eine Kabinettstrafe infolge der letzten Ereignisse nicht unwahrscheinlich.



**Am Sonnabend  
4. Wahlnummer**

Sofort bestellen!

**WIRB FÜR DEN WAHLFONDS, FÜR  
PARTEI UND PRESSE!**

## PASSAGIERE DER III. KLASSE

Roman  
von Kurt Klauber

Um ihn her wurde es jetzt laut. Der Däne rüttelte dem Deutschen zu Peine und schlug dazu mit der Faust auf die Tischplatte. „Wo weil du so jetzt und die geworden, bist du gegen den Sozialismus?“ schrie er zu ihm hinüber. „Das jetzt steht dir übrigens schon bis über den Hals und ist dir wahrscheinlich auch ins Gehirn gespiessen!“

Der Schotte legte dem Deutschen noch dicker zu. „Das ist es ja!“ rief er. „Die sich erst zu Lebzeiten den Tod angemietet haben, sind die Schlimmsten. Sie schenken auf ihren Hinterbädern, als hätten sie die ganze Freiheit erobert, und sie lachen danach auf alles. Auf ihre Vergangenheit. Auf die verlorntengangenen Ideen und Ideale. Der Geldsack ist ihnen das Heiligste geworden!“

„Sag sie nur darauf!“ knurrte der Belgier und zwickte mit den Augen. Wenn sie dabei nichts weiter tun, als ihr Auge entzünden, so ist das nicht gefährlich. Wir zünden langsam ein Feuer unter ihnen an und braten ihnen Gold und Zeit schon wieder aus.“

„Ja!“ rief der Däne und hob seine Stimme leiserlich. „Ein Feuer müssen wir anzünden. Die Erde rückt unter ihnen eine Flamme, ein großer Ballon werden!“

Der Steward summte die Teller ein und brachte Fleisch. Schweißend wurde es herumgegeben. Es war überhaupt still. Alle longten nach der Schüssel, sobalden sich die Fleischstücke heraus, nahmen sich noch Salz und Kartoffeln und ließen es sich schmecken.

Plötzlich begann der Schotte zu sprechen. Er blieb hinüber zu dem Dänen und sagte so laut, daß es der ganze Tisch hörte. „Ich wußte auf erste Freier. Ich dachte überhaupt auf euch. Ich habe zehn Jahre auf euch gewartet, demonstriert und gefreit. Ich kam, wenn gerufen wurde, und ging, wenn wir die Hosen voll beladen hatten, aber eines Tages bekam ich den Schwimbett statt, denn mit Seiten, die wie der Tod anbringen, einmal selber zu jagen, und sieben ans zu ziehen, soll der Teufel kommen lassen!“

„Ja!“ rief er lauter. „Ein Dred ist es, einer Feuer. Seien des leise Dred wie einer Engelkunst, einer Kommunismus und einer Anarchismus. Ich verlor mich jetzt auf meine Freiheit. Freilich, ich muß arbeiten. Aber wer will zu nahe kommen, um mich anzuhören oder

zu peinen, als wäre ich ein Hund, den schlägt ich zusammen, daß er es nie wieder vergibt. Wozu haben wir unsere Hände? Und wozu haben wir unsern Verstand? Damit wir sie gebrauchen, wenn es notwendig ist!“

Der Krumme meditierte Beijall. Der Gedanke gab seine Zustimmung durch Klatschen an die Schenkel. „Das ist ein Kerl!“ schrie er. „So muß man es machen. Ich habe einmal einen gedroschen, der mich mit seinem Krüppel zur Arbeit treiben wollte, daß er das Anten nicht mehr aus der Pfeile brachte!“

„Sicher“, sprach der Schotte weiter, „sie teilen auch aus. Mich haben sie dreimal eingesperrt, und einmal habe ich eine Portion bekommen, von der mir heute noch der Hintern brennt. Aber was macht das? Ich habe vorher genau so zugeschlagen!“

„Ist das das Richtige?“ unterbrach ihn der Amerikaner. „Wir kämpfen doch alle für die gleiche Freiheit.“

„Verdamm“ gab der Schotte zurück, „soll ich denn martern, bis jedes Männerchen den Hut hat, die Hand zu erheben? Mein Vater ist von diesen Warten grau geworden und trotzdem arm verreckt. He! Ich dachte, wenn jeder beginne, dann sähe es bald besser aus mit unserer Freiheit!“

Der Belgier schob sich vor und glückte den Schotten an. „Sie werden dich eines Tages töhlen. Jeden schlagen für ist, der aus der Reihe läuft, aber den ganzen Haufen zusammen können sie nicht umbringen!“

„So“, antwortete der Schotte, „in Chicago haben sie oft einige Entfernung in den Hosen hineinfertig. Da hatten sie anderen die Hosen voll. Und es gibt immer solche, die die Hosen voll haben, und wenn es einmal gar zu schwül wird, kostet man dem Hosen etwas ins Maul, dann ist er wieder ruhig. Und“, der Schotte blieb den Belgier in die Augen, „hast du vielleicht schon gehört, daß beim Hosen der Freiheit schon außer gelungen ist?“

„In England!“ sagte der Däne ruhig.

Der Schotte sah sich über das Gesicht. „Ja, davon schwärzen sie in den südlichen Staaten und im Norden. Das schwärzen sie sich in Philadelphia und in Boston und New York. Das ist ihnen wie ein neuerstaatlicher Messias. Hast ihr aber ein einziges Mal gehört, daß das einer von den gewöhnlichen Amerikanern oder Europäern nachgemacht hätte? Du sitzt jeder auf seiner Hoffnung und auf seinem Stahlchen und hat Angst, daß dieses Wunder auch über ihn kommen könnte!“

Es war wieder still. Alle, die auf die Worte des Russen gehört hatten, sahen die Schiffe und verschwanden zu essen. Nur der Däne nicht. Der hatte seinen Kopf zwischen die Fäuste geklemmt und starrte geradeaus.

„Seht“, sagte er und zog einen Zettel aus der Tasche, „und das schreibt der alte, unser Väterchen.“ Langsam begann er zu lesen. Simeon, Liebster und Bester, das sagt dir dein alter Vater Ilja Gawrilko, der 73jährige: Komme heim! Wir haben ein neues Väterchen in Moskau: Wladimir Iljitsch, den sie hier alle das wirkliche Väterchen nennen und für dessen Gesundheit wir täglich beten. Er hat uns allen die Freiheit geschenkt und uns Feld gegeben. Es ist Feld auch für dich da. Ich habe mit meinen alten altrigen Händen noch schreiben gelernt, um dir das zu sagen. Also, Simeon, Bester, komme und umarme deinen glücklichen Vater Ilja Gawrilko.“

Der Russe fasste mit seinen kleinen, gearbeiteten Händen den Brief wieder zusammen und stellte ihn langsam in die Tasche zurück. „So schreiben sie alle aus Russland“, sagte er noch und ließ seine Augen nicht von dem Gesicht des Schotten. „Wir wohnten in Wisconsin. Eine ganze Kolonie. Wir sind zwölf und fünfzehn Jahre in Amerika. Uns ging es nicht schlecht. Aber ich bin der letzte, der zurückfahrt.“

„Es war wieder still. Alle, die auf die Worte des Russen gehört hatten, sahen die Schiffe und verschwanden zu essen. Nur der Däne nicht. Der hatte seinen Kopf zwischen die Fäuste geklemmt und starrte geradeaus.

„Du fährst also nach Russland?“ fragte er, sich umwendend, den wieder füllen und in sich zurückgezogenen Russen.

„Ja“, antwortete der. „Zuerst nach Petrograd.“

(Fortsetzung folgt)

# Oberschlesien

## Revolutionäre Maikundgebungen in O.-S.

Selten ist in Oberschlesien die Teilnahme der Arbeiterschaft an den Maikundgebungen so stark wie in diesem Jahre gewesen. Die Arbeitsruhe war eine fast vollständige. Nur in den kleinen Betrieben ein arbeiteten Teile der Belegschaften. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß im Gegensatz zur Industrie und dem Bergbau die Arbeitsruhe im Bau gewerbe in einzelnen Orten zu förmlichen übrig ließ. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die in einer Anzahl von Orten gemeinsame Veranstaltungen zu verhindern versuchten, haben von der Arbeiterschaft die richtige Antwort erhalten. Die Veranstaltungen der Gewerkschaften sollten durch die Verhandlung des revolutionären Teils der Arbeiterschaft zu Wahlversammlungen der SPD gemacht werden. Das hat die Arbeiterschaft nicht nur verhindert, sondern diesen Feinden der proletarischen Einheitsfront bewiesen, daß sie über die Köpfe der Führer hinweg sich die Brüderhand reichen wird.

### In Gleiwitz einheitliche Maikundgebungen gegen die reformistischen Führer.

Der Ortsausschuß des ADGB hatte das Angebot der SPD für eine gemeinsame Maikundgebung abgelehnt und zu einer Veranstaltung im Stadtgarten aufgefordert. Kommunistische Partei, Kommunistische Jugend und KJB wollten an der gewerkschaftlichen Veranstaltung im Stadtgarten geschlossen teilnehmen. Dieses hat die reformistischen Führer zu verhindern versucht. Auf Veranlassung der reformistischen Führer hat die Polizei alle Straßen zum Stadtgarten abgeriegelt und den gewaltigen Demonstrationszug wiederholt gewaltsam abgedrängt.

Für die Sabotage einer einheitlichen Maifeier haben die Gleiwitzer Arbeiter den reformistischen Führern die richtige Antwort gegeben. Zu laufenden sandten sie sich an den Sammelpunkten der Kommunistischen Partei ein, um mit dieser gemeinsam für die Forderungen des 1. Mai zu demonstrieren und mit ihr zu der Veranstaltung des ADGB zu marschieren. Mit Hilfe der Polizei haben die reformistischen Führer die Maifeier zu einer Maikundgebung der SPD zu machen ver sucht. Die Rechnung hatten sie aber ohne die Gleiwitzer Arbeiterschaft gemacht.

Bei der Verhandlung im Stadtgarten hatten sich ganze 200 Personen eingefunden. Als diese erfuhren, daß die unter Führung der KPB anmarschierenden Arbeiter auf Veranlassung der reformistischen Führer von der Polizei vom Stadtgarten ferngehalten wurden, erfaßte sie die Empörung über diese schädliche Handlungsweise. Die Arbeitersänger wählerten sich zu singen. Unter Führung des Betriebsrats der Gleiwitzer Grube zogen die über den Schurkenstreit der reformistischen Führer empörten Arbeiter geschlossen ab.

Auf dem Krakauer Platz waren die Demonstranten inzwischen zu einer gewaltigen Kundgebung aufmarschiert, an der mehr als 10000 Teilnehmer. Ein Vertreter der Partei kennzeichnete den Schurkenstreit der reformistischen Führer unter allseitiger Zustimmung der Massen und würdigte die Bedeutung des diesjährigen 1. Mai. Die Arbeiter vom Stadtgarten ließen es sich nicht nehmen, an der Kundgebung auf dem Krakauer Platz teilzunehmen. Bei ihrer Ankunft gab es eine feierliche Verbrüderungsszene. Spontan machten die Demonstranten Platz für die anmarschierenden Arbeiter aus dem Stadtgarten, die den reformistischen Führern durch

ihren Abmarsch die richtige Antwort gegeben hatten, um gemeinsam für die revolutionären Forderungen mit ihren Klassenbrüdern zu demonstrieren. SPD-Mitglieder zerstören ihre Mitgliedsbücher, so daß sie dieser Schandstreit empfiehlt. An der Spitze des Zuges demonstrierten sie nach Vereinigung der Kundgebung gemeinsam mit der kommunistischen Arbeiterschaft.

Die Gleiwitzer Arbeiterschaft hat gestern bewiesen, daß sie die Notwendigkeit einer geschlossenen Kampffront gegen ihre Klassenfeinde erkannt hat und daß sie nicht länger gewillt ist, durch die reformistischen Führer, die die Verbündeten der Kapitalisten sind, die Herstellung eines Kampfblocks der Werktätigen zu verhindern zu lassen. Wegen diesem Schurkenstreit müssen die Mitglieder der Gewerkschaften die reformistischen Führer der Rechenschaft und Verantwortung ziehen. Diese Leute können nicht länger als Führer der Gleiwitzer Arbeiterschaft geduldet werden!

### In Beuthen einheitliche Maikundgebungen der Kommunisten.

Auch in Beuthen hatte die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer eine einheitliche Maikundgebung abgelehnt. Der Name des ADGB wurde zur Einberufung einer SPD-Veranstaltung missbraucht. Über ganze 100 Mann waren im Schulzenhaus. Dagegen nahmen an der Demonstration der SPD und des KJB 3000 Menschen teil, und an der Kundgebung auf dem Reichsratspräsidentenplatz mehr als 5000 Personen. Vertreter der Partei, des KJB und der Kommunistischen Jugend sprachen zu den Massen, die den Rednern stürmischen Beifall zollten und ihre tiefe Verachtung den sozialdemokratischen Verrätern ausdrückten.

### Die Hindenburger Maifeier unter revolutionären Parolen.

7000 bis 8000 Teilnehmer vereinigte die von den Gewerkschaften veranstaltete Maikundgebung. Durch Transparente der Kommunistischen Partei, des KJB und der Jugend erhielt die Kundgebung einen revolutionären Charakter. Vergangens versuchten die reformistischen Führer, die Entfernung der Transparente mit den Forderungen des Massenbewußten Proletariats zu veranlassen. Die Reformisten fühlten ihre Schwäche und konnten nicht den revolutionären Elan der Kundgebung schwächen. Neben einem Vertreter des ADGB sprach der Spitzenlandrat der KPD für den Landtag in Oberschlesien, der Genosse Jendroßek.

### Gemeinsame Kundgebung in Rastbor — Demonstration ohne SPD.

An der Kundgebung des ADGB nahm die gesamte Arbeiterschaft teil. 2500 demonstrierten unter roten Fahnen für die Forderungen des Tages. Die anschließende Kundgebung wurde von der SPD sabotiert. Aber höchstens hundert Personen ließen sich von der Teilnahme an der Demonstration abhalten. Unter Führung der Kommunistischen Partei demonstrierte die Rastborer Arbeiterschaft für Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Löhne, gegen den Schlichtungsswindel, gegen imperialistischen Krieg und für die Schaffung des Kampfblocks der Werktätigen in Stadt und Land zum Sturm der kapitalistischen Gesellschaft.

In den anderen Orten Oberschlesiens sandten ebenfalls mächtige Kundgebungen statt, die im Geiste revolutionärer Parolen standen.

hat. Also wird Herr Dr. Born als Wohlfahrtsbeamtenischer Gegner des noch schlechten, aber immerhin zum vorherigen noch besseren Lohnes sein und hat sich trotz Studium und Vollstreit von einem Arbeiter übertrumpfen lassen. Daß er erhält der Herr Rentenwohlfahrtsbeamten ein nettes Gehalt, die Proleten aber die nur den wenigen tüchtigen Lohn verlangen, werden entlassen.

Wir fragen den Magistrat: Deckt er die Verleumdung von Arbeitern durch Beamte? Was gedenkt der Magistrat gegen diese unrechtmäßigen Maßnahmen des Dr. Born zu tun?

### Auf der Straße erschossen!

Am Sonnabend zwischen 20 und 21 Uhr wurde auf der Chaussee zwischen Bendzin und Kol. Koslowitz ein junger Mann erschossen. Im Verein mit noch zwei jungen Männern befand sich der Gedankenswerte per Auto auf dem Nachhauseweg. Plötzlich fuhr ein Mann beim Überholen ebenfalls mit dem Auto in die drei Leute hinein. Dieser ergab einen Wortwechsel, bei dem der überholende Mann aus einer Pistole mehrere Schüsse auf die drei jungen Männer abwarf. Ohne daß drei jungen Leute wurde getroffen. Der Schiekheld ergriff darauf mit seinem Auto die Flucht. Im Verlaufe der Nacht ist der Getroffene seinen Verleumdungen erlegen. Von dem Täter steht noch jede Spur.

### Der dritte Sonntag auf dem Lande

Fast hundert Kilometer wurden am vergangenen Sonntag mit einem Lastauto von den KJB-Kameraden, Parteidienststellen und Jugendlichen bei der Wahlpropaganda auf dem ländlichen Vande zurückgelegt. In Falkenberg, einem kleinen Kreisstädtchen, standen schon viele Leute auf dem Ringe und erwarteten uns bereits. Die Schalmekapellegie lud bald die Umstehenden an, und Genosse Grindt benutzte die gute Gelegenheit, eine mit großer Zusammensetzung aufgenommene Ansprache zu halten, mit dem Schluß, nur der Kommunistischen Partei am 20. Mai die Stimme zu geben. Ein alter Weber gab, ohne daß er besonders aufgefordert wurde, dem Genossen Grindt 1 Mark in die Sammelbüchse mit dem Wunsche, daß auch er die Wahlarbeit der Kommunisten gern unterstützen will. Es wurden viele Zeitungen umgesetzt, und selbst der Pfarrer, der aus Neugierde dabei stand, konnte sich nicht gut ausschließen und kauft auch eine "Arbeiter-Zeitung".

Der nächste Ort war Tolkowiz. Hier versuchte der Landräger durch Feststellung der Personalkosten den Zeitungsumsatz zu hindern. Er mußte sich dafür bei der folgenden Ansprache anhören, wessen Geschäft er habe in Wohllichkeit besorgt. Die Hörer freuten sich sichtbar über die Aufführung, die ihm aufgetragen wurde. Der Schwager des Herrn Grün, im ganzen Ort bekannt als Quertelbäuer, mußte erst an die frische Luft gesetzt werden, ehe er wieder von seinem Tobsuchtsschlag zu sich kam. Er versäßt immer dann in begüterte Büttkämpe, wenn er sieht, wie wenig Sympathie die SPD unter der Tolkower Arbeiterschaft hat.

Als es bereits so dunkel war, daß die Schalmekapelle schon die Roten nicht mehr sahen, wurden noch eine ganze Reihe von Ortschaften, unter ihnen auch Friedland und Proskau, besucht. Überall gab es etwas anderes. In Friedland war gerade eine Bemutungswahl statt, und der Ortsfarrer war sehr böse, daß wir ihn beim Einspielen seiner Schäfchen töten wollten.

In Proskau wollte ein alkoholumnebelter Patriot stänkern und nur seine offensichtliche schnelle Flucht rettete ihn vor einer gehörigen Wreibung.

Der Zeitungsumsatz war erheblich größer als am vorhergehenden Sonntag. Auch in den Sammelbüchsen war fast das Doppelte als vorher. Wenngleich auch hier und da ganz sonderbare Gegner angetroffen werden, so ist doch festzustellen, daß unsere Sympathien auf dem Lande nicht schlecht sind. Man kann bald sagen, besser als in den kleinen Städten, wo der Spleißbürger nicht aus seinen vier Wänden herauskommt.

### Neustadt

Am Sonntag, dem 22. d. M., veranstaltete der KJB und die Partei mit der Schalmekapelle eine Landpropaganda, die außerordentlich guten Erfolg aufzuweisen hatte. Die vorhandenen Zeitungen reichten nicht aus. Es wurden 100 "Arbeiter-Zeitungen", 70 "Rote Front" Zeitungen und 22 "Rote Hölzer" verkaufen. Nur weiter so dann wird auch das schwarze Neustadt rot werden.

### Ratibor

Erwerbslosenversammlung. Die Erwerbslosenversammlung, die am Dienstag stattfand, besaß sich u. a. auch mit dem unerhörten Verhalten des Vorsitzenden, des Erwerbslosenvertreters Sigmund (Syndikalist), der in der Vollkommission den Antrag gestellt hatte, — und zwar, ohne daß er ermächtigt war, daß "militärische Organisationen" — er meinte damit den KJB — an der Demonstration nicht teilnehmen dürfen, weil das Reichsdammer sonst auch mitmachen müßte. Kollege Urbach und Genosse Popella brandmarkten scharf dieses Verhalten und fragten, ob sich der Vorsitzende als Reudell fühle. Auch die Erwerbslosen protestierten scharf gegen das Verhalten des Vorsitzenden. Ein Antrag des Kollegen Urbach, eine gemeinsame Demonstration des ADGB, der SPD, KPD und KJB zu fordern, stand einstimmig ein. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Forderung auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe aufzustellen. Transparente mit Klassenkampfslogos sollen bei der Demonstration mitgeführt werden.

### Versammlungskalender

**Donnerstag, 3. Mai:**  
Gleiwitz, 19.30 Uhr im Parteibüro erweiterte Ortsleitungssitzung. Die geladenen Funktionäre müssen erscheinen.

**Donnerstag, 3. Mai:**  
Gleiwitz, 19 Uhr im Parteibüro erweiterte Ortsleitungssitzung. Reservent Genosse Behr-Gleiwitz.  
Ziegenhals, öffentliche Wahlversammlung. Reservent Genosse Friedrich-Wies-Berlin.

**Freitag, 4. Mai:**  
Gleiwitz, 20 Uhr in den "Vier Jahreszeiten", öffentliche Wahlversammlung. Reservent Genosse Behr-Gleiwitz.  
Neukast, öffentliche Frauen- und Arbeiterinnen-Versammlung.  
Reserventin Genosse Möll-Wolfskein-Berlin.

**Sonntag, 5. Mai:**  
Ratibor, öffentliche Wahlversammlung. Reserventin Genosse Möll-Wolfskein-Berlin.

**Sonntag, 5. Mai:**  
Gleiwitz, 16 Uhr im Hotel Wilmann, Postamtstraße, öffentliche Frauenversammlung. Reserventin Genosse Möll-Wolfskein-Berlin.  
Zabrze, 19 Uhr öffentliche Frauenversammlung. Reserventin Genosse Möll-Wolfskein-Berlin.

**Genossinnen und Genossen! Sorgt für Massenbesuch!**  
**Werkt neue Leser für unsere Zeitung und neue Mitglieder für die kommunistische Partei!**

## 2. Auflistung für den Wahlkonds

Bis zum 29. April gingen weiter ein:

Wahlkondmarken	44,85 M
Sammellisten	85,95 „
Sa. 130,80 M	
bereits quittiert	337,70 „
Insgesamt	468,50 M

Die Partei braucht Munition für den Wahlkampf. Genossen, be nutzt jede Gelegenheit zur Sammlung! Sammelt am Sonntag in den Betrieben! Bereitet den Sammeltag am Sonntag, dem 6. Mai, gut vor!

Bezirksleitung der KPD Oberschlesien.

## Hindenburg

Blößlich aus unseren Reihen herausgerissen, einem Herzschlag erlegen, verstarben wir in unserer Freundein, der Witwe Frau Smuda, Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe, einer unserer besten Kämpferinnen der proletarischen Sache.

Trotz ihrer Sorgen und ihres vorigestorbenen Alters gehörte sie in die Reihen der besten Kämpfer. Ihre nie verschwendet, mit dem Gelöbnis, in ihrem Sinne weiterzukämpfen Hindenburg, den 29. April 1928

Bund der Freunde des KJB.  
Ortsgruppe Hindenburg.

## Oppeln

### Achtung, proletarisches Begräbnis

Bon dem KJB-Kameraden und Parteidienststellen Oswald fürscher ist am 1. Mai der im 18. Lebensjahr lebende Bruder Emil nach längjähriger Krankheit verstorben. Da es der Wunsch des Verstorbenen war und seine Eltern denselben haben, daß sein Bestattung ohne Geistliche stattfinde soll, will der KJB und die KPD ihm diesen Wunsch auf ein proletarisches Begräbnis erfüllen.

Die KJB-Kameraden sowie Partei- und Jugendgenossen sammeln sich morgen Freitag 13½ Uhr auf der Gartenstraße 20 bei Lorek. Die Arbeiterschaft ersuchen wir um recht zahlreiche Beteiligung.

### Der 1. Mai in Oppeln

Der 1. Mai wurde, wie vorausgesesehen war, ein voller Erfolg für die kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund. Schon am frühen Morgen sammelten sich vor 9 Uhr nicht nur die Parteidienststellen und KJB-Kameraden, sondern viele andere Arbeiter, die sich schon von da aus dem Zuge anschlossen. Am Regierungssitz schlossen sich dann noch die Eisendahner an. Der imposante Zug, vor

allen Dingen, wenn man bedenkt, daß noch nicht alle Arbeiter den Mut aufbringen, am 1. Mai wirklich die Arbeit ruhen zu lassen, bewegte sich durch die wichtigsten Straßen der Stadt nach dem Sammelpunkt, der von den Gewerkschaften für die Kundgebung angegeben war. Ein kleines Häuslein, meistens Bauer, die zunächst gar nicht recht wußten, was eigentlich los ist, standen bereits da. Der ADGB-Sekretär Nowak sah diesen gewaltigen Zugzug gewiß nicht besonders gern, denn er ergriff bald das Wort. In seiner Rede, die so verlogen wie die ganze sozialdemokratische Politik war, behauptete er, daß es doch heute ganz anders sei als früher. Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht usw., alles sei schon erreicht. Als er geendet hatte, sprach Genosse Grindt zu den Verfehlten. Weint sie nicht, Genosse Grindt am Sprechen zu hindern. Genosse Grindt läßt aus, es sei nicht die Absicht der Kommunistischen Partei, die Gewerkschaftskundgebung zu stören, sondern er wolle nur den Verfehlten mitteilen, daß solange es nach dem Kriege einen 1. Mai in Oppeln gegeben hat, immer die Kundgebung auf dem Ringe stattgefunden hat. In diesem Jahre sei an ihn kurz vor dem Amtsantritt des sozialdemokratischen Bürgermeisters Dr. Berger ein Schreiben eingegangen, daß er die Kundgebung auf dem Ringe angeblich wegen Verkehrsstörung verbietet. Stürmische Proteste von allen Seiten. Kennst ihr das von der SPD. Versammlungsfreiheit? Er forderte die Arbeiter auf, trotzdem über den Ring eine Demonstration zu veranstalten und auf dem Wilhelmplatz der kommunistischen Kundgebung beizutreten.

Von auf ein kleines, ganz bedeutungsloses Gruppen, das sich bald in die verschiedensten Bestandteile auflöste, marschierte alles hinter der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund. Auf dem Wilhelmplatz, wo der Genosse Grindt und der Genosse Groß aus Hamburg sprach, erfuhr er erst die Arbeiter, wer der Einheitsfrontzörner ist. Es waren hier mehr Teilnehmer als vorher bei der Gewerkschaftskundgebung. Ein alter Maurer erklärte nachher, er gehe morgen auf das Verbandsbüro und schmeiße dem Bonzen Stach das Buch an den Kopf. Natürlich wurde ihm sofort erklärt, daß das falsch sei, nicht das Buch ist weggeschmeißen, sondern solche Leute wie Stach sind aus der Gewerkschaft rauszuschmeißen. Die SPD, die von jeher kein besonderes Ansehen in den Augen der Oppelner Arbeiter genießt, hat sich durch diesen 1. Mai um den Rest ihrer Sympathien gebracht. Die Nachmittagsveranstaltung der Freien Turnerschaft in ihrer Badeanstalt, wo die Schalmekapellegie spielte, war sehr gut besucht, ebenso die Abendveranstaltung im Schützenhaus.

### Ämtliche Verleumdungen

Schon mehrmals mußten wir uns mit der Sache Gajnowski beschäftigen. Die Arbeit ist jetzt eingestellt worden. Als Begründung gibt das Wohlfahrtsamt an, daß Genosse Schulz an der Einstellung Schuld trägt. Das ist eine bewußte Unwahrheit. Herr Augustini sagt: Ja Schulz hat die Leute, wie er aussagt, verdeckt gemacht. Tatsache ist, daß Genosse Schulz im Auftrage aller dort Arbeitenden den etwas besseren Lohn der Gemeinde- und Staatsarbeiter herausholte. Weil nun nicht mehr die Stadt die Leute mit einem schlechteren Tarif bezahlen kann, wurde die Arbeit dort eingestellt. Dazu ist noch etwas über die Fähigung eines Stadtrates zu sagen. Herr Dr. Born hat nur den richtigen Tariflohn bewilligt, weil ihn Genosse Schulz bei der damaligen Verhandlung übertrumpft

# Aus aller Welt Wieder ein Explosionsunglück in Berlin

Ein Explosionsunglück, bei dem ein Arbeiter getötet und drei verletzt wurden, ereignete sich am Montag gegen 9 Uhr in dem Gebäude Donaustraße 83 in Berlin-Moabit. In einem Raum der Firma Froeschle & Co., die zahnärztliche Einrichtungen herstellt, explodierte ein großer Gasofen. Dabei wurde der an diesem Ofen tanzende, 50 Jahre alte Backer Peter Karras Domschleisort getötet, während drei im Neberraum befindliche Arbeiter durch herumfliegende Holz- und Steinsplitter einer in Trümmer gegangenen Rabbwand leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht einwandfrei geklärt. Neben dem Unglücksraum befindet sich ein Fabrikationsraum, der durch Rabbwände in mehrere voneinander abgeschlossene Räume unterteilt ist. Die Arbeiter dieses Fabrikationsraumes waren gerade beim Frühstück, als Domschleisert die Rabbwand zerstört. Der etwa 30 Mann zählenden Arbeiterzahl bemächtigte sich eine furchtbare Panik.

## Ein böhmischer Grosavescu-Prozeß

In der südböhmisichen Kreisstadt Pisek begann dieser Tage ein Sensationsprozeß, der in mehrfacher Hinsicht an den Wiener Nordprozeß gegen die Frau des Tenors Grosavescu erinnert. Die Frau des Gymnasiallehrers Lepeschka hatte am 6. September v. J.

ihren um 30 Jahre älteren Mann erschossen. Die Angeklagte lernte als 19jährige Lyzeumschülerin ihren damals 48 Jahre alten Mann durch eine Begegnungsangelegenheit kennen. Man heiratete etwas eilig und ein Jahr nach der Hochzeit gab die junge Frau ein Mädchen. Der Gatte hegte Zweifel an seiner Ehefrau. Die Ehe gestaltete sich bald unglücklich, zumal der Mann trunksüchtig war. Das Kind mußte bei Verwandten untergebracht werden. Anlaßlich seiner Ferienreise lernte Frau Lepeschka nun einen Italiener kennen. Der Gatte erklärte, er habe nichts gegen dieses Verhältnis einzurichten. Der Italiener wurde einige Tage in der ehemaligen Wohnung freundlich aufgenommen und verschwand dann auf immer. Schon seit langem hatte das Ehepaar Lepeschka das eheliche Zusammenleben ausgegeben. Die Frau äußerte mehrfach Selbstmordgedanken und leitete schließlich die Scheidung ein. Wegen einer Nichtigkeit kam es eines Tages zu einem schweren Streit. Die Angeklagte griff zum Revolver und erschoß ihren Mann gerade in dem Augenblick, als er in einer Prager Zeitung den Großkopfpreis las. Die Frau erklärte vor Gericht, sie habe das Ende ihrer Ehe nicht mehr ertragen können und im Auftrag die Tat vollbracht.

**Munition**  
IST JEDER PFENNIG FÜR  
DEN WAHLFONDS DER K.P.D.

## Vereinigte Theater Breslau

### Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 28. 4. bis Freitag, den 4. 5. außer Dienstag, den 1. 5. täglich 20 Uhr Deutsche Uraufführung: Arm wie eine Kirchenmaus Lustspiel v. Ladislav Dobor Dienstag, den 1. 5., 20 Uhr Geschlossene Vorstellung.

Sonnabend, d. 5. 5., 20 Uhr Gastspiel Albert und Else Bassermann

Zum ersten Male Der Diktator von Jules Romains

**Thalia-Theater**

Von Sonnabend, den 28. 4. bis Sonnabend, den 5. 5. außer Dienstag, den 1. 5. täglich 20 Uhr Schwarz und Weiß Dienstag, den 1. 5., 20 Uhr Geschlossene Vorstellung

## Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Mittwoch, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie G 18 Die lustigen Beider von Windsor

Donnerstag, 19.30 Uhr Figaro's Hochzeit

Freitag, 19 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie H 18 Lohengrin

Sonnabend, 20 Uhr In vollständiger Neuinszenierung Rigoletto

Sonntag, 20 Uhr Der Freudenauer

## Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Erwin Neumann  
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

## Bei Wilhelm Vogel kaufmann Schuhwaren aller Art gut und preiswert Irtest.-Wih.-Str. 66 Grabsdorfer Str. 19/21

### Bekanntmachung

#### Bländer-Bersteigerung

am Donnerstag, dem 10. Mai 1928  
vormittags 9 Uhr  
rote Scheine bis Nr. 78.500  
weiße Scheine bis Nr. 22.000  
Verlängerungen werden nur bis zum  
5. Mai 1928 angenommen.

Vom 9. Mai, mittags 1 Uhr ab, bis  
zum 11. Mai, mittags 1 Uhr, ist das  
Leihhaus für Annahme und Ausgabe  
von Pfänden geschlossen.

**Städtisches Leihhaus,**  
Breslau, Messergasse 9, Ecke Stadtgasse.

## Möbel

Küchen, kompl. 7-tlg. von 80,- Mk. zu  
Schränke, pol., 2-türig von 60,- Mk. zu  
Ausziehbleche . . . . von 38,- Mk. zu  
Polierte Stühle . . . . von 5.50 Mk. zu  
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-  
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel

## Biener & Dührig

Stühle und Möbel / en detail, en gros  
Mietklassstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

## Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Schlesinger  
Fleischermeister  
Breslau, Gniesenauplatz 2  
Fernruf Ring 9028

## Gasthaus „zu den drei Linden“ Dörnbach

empfiehlt seine Lokalitäten Vereinen und  
Ausflüglern einer gütigen Beachtung

Schöner Parketsaal  
Jeden Samstag großer Dienstbetrieb

Sämtliche Zutaten zur Hausbäckerei

zu haben bei Richard Hundt  
Deutsch-Lissa : - : Siedlung  
Bäckerl und Kolonialwaren

## Wichtig

Wir weisen b. Bedarf

von Möbeln und

Hausgerät auf die

Gelegenheitsläufe im

Wollspeicher hiermit

nochmals hin. Ganze

Wohnungseinlage-

ring sowie einzelne

Schränke, Küchen-

büttels, Sofas, Chai-

selongues, Pianos u.

viel mehr stehen

zum baldb. Verkauf.

Verkauf n. r. an

Selbstverbraucher.

Möb. an den Lager-

halter des Größen

Breslauer Möbel-

Volksspeichers.

Robert Stache

Rote Berliner Str. 9

Breslau, Stockgasse 3

Teilzahlung, gestaltet

Niedrigste Preise!

**Musik-Liedecke**

Robert Stache

Rote Berliner Str. 9

Breslau, Stockgasse 3

Teilzahlung, gestaltet

Wichtig

Wir weisen b. Bedarf

von Möbeln und

Hausgerät auf die

Gelegenheitsläufe im

Wollspeicher hiermit

nochmals hin. Ganze

Wohnungseinlage-

ring sowie einzelne

Schränke, Küchen-

büttels, Sofas, Chai-

selongues, Pianos u.

viel mehr stehen

zum baldb. Verkauf.

Verkauf n. r. an

Selbstverbraucher.

Möb. an den Lager-

halter des Größen

Breslauer Möbel-

Volksspeichers.

Robert Stache

Rote Berliner Str. 9

Breslau, Stockgasse 3

Teilzahlung, gestaltet

Wichtig

Wir weisen b. Bedarf

von Möbeln und

Hausgerät auf die

Gelegenheitsläufe im

Wollspeicher hiermit

nochmals hin. Ganze

Wohnungseinlage-

ring sowie einzelne

Schränke, Küchen-

büttels, Sofas, Chai-

selongues, Pianos u.

viel mehr stehen

zum baldb. Verkauf.

Verkauf n. r. an

Selbstverbraucher.

Möb. an den Lager-

halter des Größen

Breslauer Möbel-

Volksspeichers.

Robert Stache

Rote Berliner Str. 9

Breslau, Stockgasse 3

Teilzahlung, gestaltet

Wichtig

Wir weisen b. Bedarf

von Möbeln und

Hausgerät auf die

Gelegenheitsläufe im

Wollspeicher hiermit

nochmals hin. Ganze

Wohnungseinlage-

ring sowie einzelne

Schränke, Küchen-

büttels, Sofas, Chai-

selongues, Pianos u.

viel mehr stehen

zum baldb. Verkauf.

Verkauf n. r. an

Selbstverbraucher.

Möb. an den Lager-

halter des Größen

Breslauer Möbel-

Volksspeichers.

Robert Stache

Rote Berliner Str. 9

Breslau, Stockgasse 3

Teilzahlung, gestaltet

Wichtig

Wir weisen b. Bedarf

von Möbeln und

Hausgerät auf die

Gelegenheitsläufe im

Wollspeicher hiermit

nochmals hin. Ganze

Wohnungseinlage-

ring sowie einzelne

Schränke, Küchen-

büttels, Sofas, Chai-

selongues, Pianos u.

viel mehr stehen

zum baldb. Verkauf.

Verkauf n. r. an

# Der Unsturm auf die SP. Frankreichs erfolgreich abgeschlagen

Von Michel Hollay. Paris.

Die zweite Wahlkampf ist ausgespielt. Sie stand vollständig im Zeichen des Zweifrontenkampfes, der Lösung „Klasse gegen Klasse“.

Man kann sagen, daß es wohl seit den Tagen der Kommune in Frankreich keine solche Klassenscheidung gegeben hat, wie gegenwärtig. Alle Verschleierungsmanöver der Sozialdemokratie konnten diesen wahren Charakter der Wahlen und besonders der Stichwahlen, den Charakter des Kampfes nicht verdecken. Man höre z. B. den „Polit. Partien“:

„Der Wahlkampf ist ausser äusserste gespannt. Zwei Lager, zwei Männer! ... Gegen den Kommunismus steht hier ein gewaltiger Republikaner, dort ein Einstreuer, hier ein republikanischer Sozialist oder Radikaler, dort ein Sozialdemokrat. Denn die Kandidaturen einiger Sozialdemokraten in Paris und in seiner Banne tragen einen klaren antikommunistischen Charakter.“

Dieser zutreffenden Kennzeichnung der bürgerlichen Zeitung muß nur hinzugefügt werden, daß es nicht nur einige, sondern die meisten der sozialdemokratischen Kandidaturen waren, die im zweiten Wahlgang die Sache der „Nationalen Einheit“ vertraten.

Ja, es war die Sozialistische Partei, die der Bourgeoisie das günstige Heimaterial liefernte. Jeden Tag gefierte ihr Führer Blum über die erstandene „Zusammenkunft Renaud Jean und Litvinow in Berlin“, über die „Einigung der Sovjetregierung in die französischen Wahlen“ usw. Dieser große „Internationalist“ versuchte, den Chauvinismus in der französischen Arbeiterschaft durch Hinweise auf die „schändliche unterlandssouveräne“ Haltung der kommunistischen Partei in Elsaß-Lothringen wieder anzufachen, wobei die SPF. überall die Unterdrückung der Nationalitäten durch den französischen Imperialismus aufs Taktflügeln belämpfte. Wie die Lösung der französischen Sozialdemokratie „Arbeiter, erhebt euch alle gegen die Reaktion!“ tatsächlich aussah, ist am besten durch ihr Hauptorgan, den „Populaire“, der am Vorabend der Wahlen diese Lösung in großen Schlagzeilen bringt und sie durch folgende Heftitel und Hefttitel, die die ganze Seite ausfüllen, kommentiert: „Die Sozialistische Partei weiß die kommunistische Expresspolitik zurück“ (gemeint ist das Einheitsfrontangebot der SPF.). „Es ist unmöglich, daß der Moskauer Beschuß durchgeführt werde.“ „Auf Befehl Moskau“ usw. Also die Reaktion ist nicht Poincarés „Nationale Einheit“, sondern die SPF. und natürlich Moskau.

Der „Kampf gegen die Reaktion“ wird durch den Kuhhandel zwischen der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Reaktion grell beleuchtet; dieser Kuhhandel wurde in einer Reihe von Fällen durch die Kommunistische Partei Frankreichs entlarvt und hat zum Ausschluß einiger allzu kompromittierter Kandidaten aus der Sozialistischen Partei geführt.

In diesem Kampfe hat sich die Kommunistische Partei Frankreichs mutig und gut geschlagen. Wohl sind einige der besten proletarischen Streiter, wie André Marty, Vaillant-Couturier, Renaud Jean und andere im Kampfe unterlegen. Wohl hat die SPF. fast die Hälfte ihrer Mandate eingeschossen. Aber trotzdem ist der allgemeine Vernichtungsaufgriff der Bourgeoisie geschert. 14 kommunistische Abgeordnete werden im bürgerlichen Parlament die Interessen der Arbeiter

und Bauern im Arbeitsamt und im Soldatenrock sowie jene der unterbrüderlichen Kolonialvölker verteidigen.

Die Sozialdemokraten behaupten dank der bürgerlichen Unterstützung ihre 103 Mandate, mehr, als ihnen bei Anwendung des Verhältniswahlrechts ihre 1.800.000 Stimmen eingebracht hätten, wogegen die kommunistische Partei statt der ihr nach dem Verhältniswahlrecht zukommenden mehr als 80 Mandate der nur 14 erzielt. Es besteht die Tatsache weiter, daß die SPF. 200.000 Stimmen mehr erhalten hat als im Jahre 1924, und doch sie trotzdem (bei einer Erhöhung der gesamten Mandatszahl der Kammer) weniger Mandate erhält als bisher, während die Sozialdemokratie, was die Stimmenzahl betrifft, seit 1924 keine Fortschritte gemacht hat.

Der Sieger im Wahlkampf bleibt die „Nationale Einheit“. Die Mitarbeit der Sozialistischen Partei mit Poincaré wird durch die Niederlage Blums, des Verteidigers der „loyalen Opposition“, und durch das Erstarken der nach offener Koalition stützenden Sozialistenführer wahrscheinlich. Wie immer dem auch sei, ob nun der rechte oder der linke Flügel in Poincarés Regierung überwiegen wird, der idyllische Regent bleibt die Hochfinanz, und gegen sie wird die Kommunistische Partei Frankreichs auch weiterhin die Lösung und den Kampf „Klasse gegen Klasse“ noch tapferer als bisher durchführen.

## Die gesuchten Kommunisten reden



Soort Platten bestellen!

## Alle politische Nachrichten

Ausdehnung einer Verschwörung gegen die portugiesische Regierung. — Tl. London, 2. Mai. Nach einer durch den portugiesischen Botschafter zurückgeholten Meldung aus Lissabon konnte dort eine Verschwörung gegen die portugiesische Regierung aufgedeckt werden. Die Polizei hat 14 Personen verhaftet. Die Führer der Bewegung und verschiedene andere Teilnehmer sind entkommen.

Kommunistenverhaftungen in Konstantinopel. — Tl. Konstantinopel, 2. Mai. Wegen Verteilung „aufreizender Flugblätter“ wurden hier gestern abend vier Kommunisten verhaftet.

Tschangtschin stellt eine neue Armee auf. — Tl. Peking, 2. Mai. Hier hat eine Konferenz der Marschälle der Nordtruppen unter dem Vorsitz von Tschangtschin stattgefunden. Es wurde beschlossen, eine neue Armee von 40.000 Mann aufzustellen sowie eine neue Kampftruppe aus russischen Emigranten unter der Führung von Merkulow zu bilden. In Japan soll eine Einheit aufgenommen werden. Ein Sohn des Marschalls Tschangtschin ist im Kampf gegen die Südtürken gefallen.

Die „Italia“ zum Nordpolflug gestartet. — Tl. Stolp, 3. Mai. Das Polarflugzeug „Italia“ ist Donnerstag um 8.25 Uhr morgens vom Seddiner Luftschiffhafen zu seinem Fluge nach Spitzbergen gestartet.

Zum Bau des Raketenflugzeuges. — Tl. Kassel, 2. Mai. Zu der Meldung über den Bau eines Raketenflugzeuges durch die Raab-Krautstein-Werke in Kassel, in Gemeinschaft mit den Opelwerken in Rüsselsheim erfährt die Telegraphen-Union, daß es sich keineswegs um einen Flug in den Welttraum handelt, sondern daß unter Wahrung aller erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen nur Versuche innerhalb der Lufthöhen der Erde, d. h. in begrenzten Regionen ausgeführt werden sollen.

Erweiterung der Jugendschutzbestimmungen bis zum 18. Lebensjahr. Einbeziehung der Jugendlichen in die Tarifverträge der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaftsführer wagten es nicht, gegen diese gerechten Forderungen, die von den Genossen des KGD. vertreten wurden, Stellung zu nehmen. In die offiziellen Forderungen des Metallarbeiterverbandes haben sie aber nur einen geringen Teil dieser Forderungen aufgenommen und damit bewiesen, daß sie nicht bereit sind, die Forderungen der Jugend ernsthaft zu vertreten.

## Nichteinhaltung des Lehrvertrages

Vor dem Arbeitsgericht lagte der Schlosserlehrling H. gegen die Firma Dampfseifensfabrik Adoung wegen Auflösung des Lehrvertrages. Dem lag folgendes zugrunde: Der Lehrvertrag lief seit dem 1. Juli 1925. Seit dieser Zeit ist der Lehrling nicht etwa in seinem Beruf ausgebildet, sondern er wurde beschäftigt als Anstreicher, Metallwärmer, Aufzügler, Hilfsarbeiter und als Aufseher im Kompressorenturm. Da trotz mehrmaliger Aufforderung an die belagte Firma und trotz Beschwerde beim Arbeitgeberverband eine Rendierung nicht eintrat, als der Lehrling noch immer nicht mit Arbeiten seines Faches beschäftigt wurde, mußte die Klage eingereicht werden. Die Firma sah sich nunmehr veranlaßt, einen anderen Meister einzustellen, der das Versprechen gab, den Jungen in seinem Fach auszubilden. Trotz dieses Sachen aber der Vorwurf und die Mutter des Lehrlings lehrt Gewalt mehr für eine ordnungsmäßige Ausbildung im letzten Lehrhalbjahr. Sie bestanden deshalb auf Auflösung des Lehrvertrages. Die Klage stützte sich auf § 127 b Absatz 2 der Gewerbeordnung und bei der Forderung einer Entschädigung auf § 127 f. Das Gericht verlängerte die Auflösung des Lehrvertrages und verurteilte die Firma zur Zahlung einer Entschädigung von 200 Mark.

200 Mark Entschädigung bietet man einem jungen Proleten für zweieinhalb Jahre Arbeit, im Durchschnitt macht das pro Tag noch keine 30 Pfennige. Wahrschlich, eine billige Arbeitskraft und ein Ansporn für andere Firmen, Lehrlinge einzustellen, um sie dann mit Hilfsarbeiten zu beschäftigen. Es ist an der Zeit, daß hier durch die Gewerkschaften Remedy geschaffen wird. Aber auch wir als KGD. können hier tatkräftig mithelfen, indem wir solche Vorfälle schonungslos anprangern und Sorge tragen, daß sich alle jungen Arbeiter organisieren, um mit der Opposition gegen solche Zustände zu kämpfen.

## Schöne Zustände im Baugeschäft Lemle-Hirschberg

Seit vorigem Jahre ist Baumeister Lemle hier am Ort. Zuerst hatte er keinen Lehrling und jetzt deren elf. Diese steigen im Alter von 14 bis 24 Jahren. An Lohn erhalten sie 20 bis 50 Pfennige die Stunde und vertreten die Stelle eines Bauarbeiters, so daß er Arbeiter entlassen konnte, denn die Lehrlinge sind doch bedeutend billiger. Ein Maurer namens Kranke macht auf der einen Baustelle den Polster. Sein 14-jähriger Sohn lernt auf derselben Baustelle. Dieses Kind, das Osterm erst die Schule verlassen hat, soll arbeiten wie ein Bauarbeiter. Dem Polster erläuterte Baumeister Lemle: „Wenn es nicht passt, den schmeißen Sie raus!“ Am Cellulosebau Cunnersdorf hat vor kurzem Lemle einen Maurerarbeiter verprügelt. Es ist wirklich bedauerlich, daß ein Arbeiter noch stillhält, wenn er geprügelt wird. Wie lange werden sich die erwachsenen und jungen Kollegen das noch dulden lassen?

# Der junge Kämpfer

## Die SAJ. auf dem Rückmarsch

Am 21. und 22. April fand in Leipzig die Reichskonferenz der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“ statt. Der Hauptvorstand der SAJ. hat die Zulassung eines kommunistischen Pressevertreters abgelehnt.

Wespahl mußte in seinem Geschäftsbericht mitteilen, daß der Mitgliederrückgang noch immer anhielt und erst jetzt ein kleiner Mitgliederaufschwung zu verzeichnen ist. Diese Feststellung sind wir von allen früheren Konferenzen gewohnt. Ein halbes Jahr später stellt sich dann aber immer heraus, daß dieser „Aufschwung“ Schwindel war. Wespahl wandte sich scharf gegen die Anträge auf Austritt aus dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, Schaffung eines proletarischen Jugendkartells und Beseitigung des Stimmrechts des Hauptvorstandes und des Reichsausschusses auf der Reichskonferenz. Von der Mehrzahl der Diskussionsredner wurden dagegen die in diesem Sinne vorliegenden Anträge ausführlich behandelt. In der darauffolgenden Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Opposition abgelehnt. Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es im Verlauf der Diskussion nach den Aus-

**Sammelt für den Wohlfonds der Kommunistischen Partei Deutschlands**

Führungen des Vorsitzenden der SAJ. Groß-Leipzig, Werner Born. Dieser hatte auf dem Begrüßungsbogen, der am Freitag vor der Konferenz von der westsächsischen SAJ. durchgeführt wurde, für Karl Liebknecht gesprochen. Wespahl wandte sich scharf gegen „diesen Überfall“ und gegen den „Mißbrauch der Gastfreundschaft“ durch die „Leipziger Volkszeitung“, die für Schröter als Kandidat für die Funktion des 1. Vorsitzenden der SAJ. Stellung nahm. Der erste Vorsitzende der SAJ. Brandenburgs unterstützte die Aufführungen Wespahls und nahm scharf gegen Karl Liebknecht Stellung, dem gegenüber ihm Fritz Ebert „hundertmal lieber sei“. Von den voll befleckten Tribünen, aus der Mitte der Konferenz erkönnten erregte Zwischenrufe „Heraus mit ihm, ich meiste ihn raus, dieser Lumpus!“ Dieser Lärm dauerte über eine Viertelstunde an. Der Hauptvorstand schlug zur Beilegung des Zwischenfalls die Einsetzung einer Kommission aus zwei Oppositionellen, zwei Rechten und einem Vorstandsbeteiligten vor. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden zeigte sich die Inkonsequenz dieser Opposition. Vorgesetzten waren Ollenhauer und Schröter, der westsächsische SAJ.-Sekretär. Für Ollenhauer stimmten auch die Berliner „linken“ Delegierten, die erst vor einem halben Jahre in Berlin Wirtschaftsanträge gegen Ollenhauer eingebracht und durchgesetzt hatten. Mit 82 gegen 40 Stimmen wurde Ollenhauer zum ersten Vorsitzenden der SAJ. gewählt.

Das scheinbar scharfe Auftreten der sächsischen Opposition gegen den Hauptvorstand und den Lärm, der gegen den Brandenburger Schmidt entstand, darf uns nicht darüber täuschen, daß diese Opposition keine Rendierung der gesamten Politik der SAJ. will, sondern nur mit scheinradikal Phrasen versucht, die Mitglieder, die

## Jungarbeiter, wählt kommunistisch!

Am 20. Mai finden die Wahlen zum Reichs- und Landtag statt. Die Jungarbeiterchaft hat sich zu entscheiden, welche Partei sie als ihre Vertreterin ansieht und sich rechts an der Wahl zu beteiligen. Die Ereignisse dieses Jahres geben ihr eine besondere Verpflichtung und Berechtigung dazu. In den großen Wirtschaftskrisen der Arbeiterschaft geht es nicht zuletzt auch um die Interessen der Arbeiterschaft. Mit am meisten betroffen von den Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung, ohne genügende Unterstützung durch die Gewerkschaften, steht sie den Unternehmern gegenüber, die versuchen, sie als Streikbrecher gegen ihre erwachsenen Kollegen zu verwenden.

In den Wahlen geht es nicht zuletzt auch um die Interessen der Jungarbeiter, denn der vergangene Reichstag und die Bürgerblockregierung kennzeichneten vor allem die Ära der Unterdrückung und Ausbeutung der Jungarbeiterchaft. Fast drei Millionen Jungwähler schreiten in diesem Jahre zum ersten Male zur Wahl. Auf sie legten das Bürgertum und die Sozialdemokratie in erster Linie ihre Hoffnung. Die Jungarbeiter müssen diese Hoffnungen zunichte machen. Alle Stimmen gehören der KPD. Liste 5!

## Der Jugendverband im sächsischen Metallarbeiterkampf

Gegenwärtig befinden sich die Metallarbeiter in Sachsen im Kampf. Die Kommunisten sind sich bewußt, daß die Jugend, ebenso wie die Frauen, eines besonderen Schutzes bedarf. Sie haben darum auch zu Beginn der Tarifbewegung in der Metallindustrie folgende, neben den allgemeinen Forderungen, insbesondere Jugendforderungen aufgestellt:

**Sechs Stunden Tag für alle Jugendlichen und Lehrlinge bis zum 16. Lebensjahr.**

**Sieben Stunden Tag vom 16. bis zum 18. Lebensjahr.**

**Vier Wochen bezahlten Urlaub, Verbot jeder Altkorb- und Nacharbeit für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zum 18. Jahre.**

**Herabsetzung der Altersgrenze von 23 auf 21 Jahre.**

**Zweijährige Lehrzeit.**

**Bezahlung der Fortbildungsschulzeit, Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit.**

**Bezahlung der Leermittel.**

# DIE BETRIEBE IM WAHLKAMPF

## Gewerkschaftsjugend wie wählt Du?

Fr. A. Am 20. Mai werden in Deutschland die politischen Wahlen durchgeführt. Zum ersten Male werden 8 Millionen jugendliche Arbeiter an die Wahlurne treten. Ihnen gilt besonders unsere Aufmerksamkeit. Was kennzeichnet diese Wahlen?

Unter den vielen Millionen ausgebildeten Proletariern stehen Millionen jugendliche Arbeiter, welche gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Bereitsausende erwachsene Arbeiter wurden auf Straßensäulen geworfen und an deren Plätze Jugendliche gestellt, da sie billigere Arbeitskräfte sind.

Die faschistischen Werkshulen in Deutschland wollen die Jugendlichen zu Streitbrechern und Verrätern an der deutschen Arbeiterklasse ergleichen. Sie sollen ihren Vätern und Brüdern in den Rädern lassen und Streiks unmöglich machen. Tod und Elend werden trotz technischer Fortschritte immer größer. Unter den 1927 in Berlin registrierten 48 742 Todessällen sind 1679 Selbstmorde. Man bekommt davon erst die richtige Vorstellung, wenn man bedenkt, daß sich unter diesen Selbstmordern allein 10 Prozent jugendliche Arbeiter befinden. Bei Berücksichtigung dieser registrierten Fälle kommen auf jeden Tag durchschnittlich 2 jugendliche Selbstmörder.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Die bürgerlichen Parteien versuchen durch ihre Organisationen (Stahlhelm, Wehrwolf, Bismarckbund u. a. faschistische Organisationen), die Jugend unter ihrem Einfluß zu bringen. Neben die Krise in der Deutchnationalen Partei

### Um die Demokratie in den Gewerkschaften!

In den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen der letzten Monate haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das Bestimmungsrecht der Mitglieder systematisch ausgeschaltet, damit sie ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik und die Unterordnung unter die Schlichtungsdiktatur gegen den Willen der Mitglieder durchsetzen können.

Bei der Vorbereitung und beim Abgleich der meisten Bewegungen wurden entweder die Funktionäre und Mitglieder überhaupt nicht geziert, oder es fanden zusammengehobene Konferenzen statt, mit deren Hilfe die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre wirtschaftskriegerische Politik durchführten. Bei dem vorjährigen Textilarbeiterkampf in Schlesien, bei der Berliner Werkzeugmacherbewegung, in der mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung und zahlreichen anderen Kämpfen beschlossen die reformistischen Führer die Aufnahme der Arbeit und verboten Abstimmungen.

Die Auschaltung des Bestimmungsrechtes der Mitglieder, die Diktatur der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie bedeutet Schwächung der Werke für die freien Gewerkschaften. Arbeiter, Genossen! Kampft gegen die Diktatur der sozialdemokratischen Bürokratie! Erzwingt das weitgehende Bestimmungsrecht der Mitglieder!

### Sichert die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften!

Schrieb vor einigen Wochen der deutchnationale Landtagsabgeordnete Kondra:

"Von den vielen Fragen, die jeden Parteidienst bewegen aber doch bewegen sollten, ist die Frage der Jugend, des Nachwuchses, eine der dringendsten... Unsere Partei steht langsam auf. Wo sind die Jungen, wo sind die Altersklassen zwischen 20 und 35, ja 40 Jahren in den Mitgliedslisten, in den Versammlungen der Partei?... Wo ist der Nachwuchs?"

Das kleine Häuslein unserer Bismarckler ist tatsächlich das Einzigste, was wir an sicherem Nachwuchs hoffen können. Was soll man sagen, wenn Parteidienst die Bismarckjugend für gut genug halten, um in ihr für andere Verbände zu werben. Das noch schlimmer ist die Trägheit und Gleichgültigkeit der meisten Parteidienstmitglieder gegenüber der Jugend."

Man muß sich darüber klar sein, daß diese Organisationen alle Mittel anwenden werden, um ihren Einfluss zu verstärken. Ein großer Teil junger Arbeiter steht noch im indifferenteren Lager und ist leicht durch obengenannte Organisationen zu beeinflussen.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist bestrebt, die Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter für die Sozialdemokratie auszubauen. Wie sie den Kampf für die Forderungen der Jugendlichen ausübt, zeigen treffend einige nachfolgende Beispiele. Im Jahresbericht 1927 der Ortsverwaltung Berlin des DGB wird mitgeteilt, daß die Schwierigkeiten zu groß waren, um die Forderungen gegenüber dem Unternehmensrat durchzusetzen. Es soll gewarnt werden auf bestreite Seiten. In der Rückversetzung der Schuljungen sagt der Bericht:

"Leider ist bei den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Rechtsprinzip für Bezahlung der Schuljungen nicht vorhanden. Das ist sehr bedauerlich, denn moralisch wäre wohl jeder Unternehmer verpflichtet, zumal er doch bei Erfüllung des minimalen Lohnentgeltes den Ausfall der Schuljungen in Rechnung gestellt hat."

Statt mit aller Scharfe für die Förderung der Jugendlichen nach Bezahlung der Schulzeit sich einzusetzen, appelliert nun an die "Satzung" und "moralische Verpflichtung" des Unternehmers.

Während des Berliner Werkzeugmacherkampfes sind unsere Freunde für Förderung der Jugendlichen in den Kampf und für weitere Sicherungen eingetreten. Sie wurden besser als "Schützengesellen und Unternehmenssoldaten" bezeichnet.

Um die kommunistische Gewerkschaftsarbeit in den Augen der Jugendlichen herauszustellen, schrieb die „Metallarbeiterjugend“ vom 17. März:

"Bei allen gewerkschaftlichen Arbeiterkämpfen empfehlen die Kommunisten ihre Gewerkschaftsstrategie mit einer Aufrüstung, die einem Feindkampf, der saures Bier anbietet, als Ehre machen würde. Die lärmende Geschäftigkeit wirkt genau so tödlich wie das Bild des Clowns im Zirkus, wenn sie den Manegearbeitern beim Auftreten der Matrosen beihilflich sind. Das sehen auch große Massen der Arbeiter heute ein und verbitten sich, wie im mitteldeutschen Streik, jede Einmischung in ihre Kämpfe."

Viele Beispiele könnte man anführen, wo versucht wurde, die gewerkschaftliche Jugend gegen die kommunistische Partei und den kommunistischen Jugendverband auszubieten. Auch bei den Kom-

menden politischen Wahlen ist man bestrebt, die gewerkschaftliche Jugend für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Wir Jungkommunisten bitten und werden den jugendlichen Arbeitern nicht versprechen, daß durch ihre Stimmabgabe für die kommunistische Partei sich morgen schon oder in kürzer Zeit ihre Verhältnisse bessern. Wir versprechen nur ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen zu vertreten und die jungen Arbeiter zu mobilisieren, zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen alle reaktionären Vorläufe, gegen die reaktionären „Jugendstrukturen“ und für den einheitlichen Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiter. Den Hunderttausenden jungen Arbeitern in den Sport- und Kulturgemeinschaften, den gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen, den im Lager der Indifferenzen stehenden jungen Arbeitern und Arbeiterinnen rufen wir zu:

Stimmt am 20. Mai für die Liste der KPD. (Liste 5) und erkennt, daß ihr eure Lebens- und Arbeitsverhältnisse endgültig ändern könnt, wenn ihr euch in die Rote Front einreihst, und kämpft zur Niederschlagung der kapitalistischen Gesellschaft.

## Ghleifische Reformisten stoßen vor Richt gegen die Kapitalisten, gegen die Opposition

4. In den meisten Gewerkschaften sind die Reformisten dazu übergegangen, die Opposition mit den brutalsten Mitteln niederauszudrücken. Die Methoden des Kampfes gegen die Opposition sind verschleiertartig, der Zweck immer der gleiche, nämlich Verhinderung jeder Entwicklung der reformistischen Burgfriedenspolitik.

Die Bürokratie im „Zentralverband der Angestellten“ gibt prächtige Musterbeispiele, wie man die Opposition bekämpfen muß. Auf Grund des Kasseler Verbandsabstimmungsschlusses schaltet man einfach alle kommunistisch gesinnten Verbandsmitglieder von der Ausübung einer Funktion aus, und dort, wo die Mitglieder von der Ausübung einer Funktion aus, und dort, wo die Mitglieder Funktion wählen, die dem reformistischen Vorstand nicht genehmigt sind, wird man sich nicht scheuen, diktatorisch auch gegen den Willen der Mitgliedschaft eine reformistische Leitung einzufügen. Diese Methoden wendet man im DZA schon seit Jahren an. In der letzten Zeit hat man erst wieder die oppositionelle Jugendleitung im Breslauer DZA, die mit großer Mehrheit gewählt war, abgefecht. Ja, selbst vor der Maßregelung von „linken“ Sozialdemokraten schreckt man nicht zurück. Das beweist die Absehung Schramm's, des Breslauer Ortsvereins im Centralverband der Angestellten. Im Bauwesen werden gewählte Leitungen nicht bestätigt, wie in diesem Jahre in Landeshut; oder wie in Breslau, wo man dem Genossen Pöhlmeier nicht nur auf ein Jahr die Berechtigung absprach, die Funktion als 2. Vorsitzender zu bekleiden, sondern ihm verbot, für die Dauer eines Jahres Versammlungen des Baugewerksbundes zu besuchen. Das alles ohne eine Begründung, einfach mit dem Hinweis an eine angebliche Statutenverletzung, ohne konkret zu sagen, worin die Statutenverletzung besteht. Selbst die bürgerlichen Richtergerichte geben bei einer Vertreibung eine Begründung, wenn auch nur eine äußerst schwache. Die Reformisten im Baugewerksbund machen sich nicht einmal diese Mühe. Im Textilarbeiter-Berband hat man auch einige Routine in der Bekämpfung der Opposition. Nach dem vorjährigen Schiedsspruch ließ man eine Diskussion über Annahme oder Ablehnung überhaupt nicht zu, brutal wurde jeder Versuch der Opposition, Stellung zu nehmen, verhindert. In Landeshut, wo die Mehrheit der Textilarbeiter zur Opposition steht, werden oppositionelle Anträge einfach nicht zur Abstimmung gebracht. Damit nicht oppositionelle Delegierte des DVB ins Kartell gewählt werden, nimmt man die Wahl des Kartelldelegierten auf der Bezirkskonferenz der Bezirksfiliale vor. Da dieser Bezirksfiliale gehört eine ganze Reihe von Ortsvereinen, in denen selbst ein Kartell ist. Dadurch ergibt sich folgendes: die organisierten Textilarbeiter wählen ihre eigenen Kartelldelegierten, und dann wählen ihre Vertreter auch noch die Kartelldelegierten für Landeshut. Als die Landeshuter Opposition dann verlangte, daß der DVB auch für die der Bezirksfiliale angehörigen Mitglieder an das Kartell Landeshut die Beiträge bezahlt, da weigerte sich die Bürokratie überhaupt. Ist es eine beliebte Methode der Reformisten, die Leitung der unmittelbaren Gewerkschaftsleitung vor der Mitgliedschaft zu entziehen. Hat die Opposition in einer größeren Zahlstelle eines Verbandes die Mehrheit erlangt, dann gliedert man dieser Zahlstelle einige kleinere Zahlstellen der Umgebung an (in denen die Reformisten meistens noch die Mehrheit haben) und führt das sogenannte Delegiertenwahlrecht ein. So zum Beispiel im Steinarbeiter-Berband Strehlen. Dort ist der frühere Ortsangehörige des Steinarbeiter-Berbandes nur noch der Delegierten-Beratung der Bezirksfiliale verantwortlich, in der er nur mit Zweidrittel-Mehrheit abgefechtet werden kann.

Die Auflösung ganzer Ortsgruppen der Verbände ist dann das letzte Mittel. Richtet nur solche Ortsgruppen, die unter kommunistischer Leitung stehen, wie im Eisenbahner-Berband in Königsberg, sondern auch solche mit sozialdemokratischer Leitung. So zum Beispiel in Biesnitz, wo der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Berband zerstört wurde, weil die sozialdemokratische Zeitung des Berbandes gegen den ehemaligen Gewerkschaftsleiter opponierte. Das Resultat war, daß eine ganze Reihe Berbandsmitglieder, angefeuert durch ein solches Freuden, zu den Gelben übertrat. Das ist bestimmt ein folgiger Weg, aber die Schuld daran trägt die reformistische Bürokratie.

Man könnte die Liste der reformistischen Schandstreiche gegen die Opposition verlängern. Für heute mögen die aufgezählten Tatsachen genügen zur Charakterisierung der reformistischen Unterdrückungsmethoden. Welchen Sinn haben nun diese Maßnahmen gegen die Opposition? Die staatliche Lohnregelung durch die Schlichtungspraxis, die unbedingte Anerkennung der Verbindlichkeitserklärung, die Beugung unter jedem Schiedsspruch muß die Position der Reformisten erschweren. Sie mit dieser Tarifpolitik nicht einverstandenen Arbeiter werden zur Opposition stoßen. Das Ziel der Opposition wird natürlich sein, eine andere Gewerkschaftspolitik durch die Absezung der reformistischen Leitungen zu ermöglichen. Dagegen müssen die Reformisten Sicherungen treffen. Das geschieht durch die weitere Zentralisation der Macht der Bürokratie, die Erweiterung der Befugnisse der Vorstände, insbesondere der Hauptvorstände; Einschränkung des Bestimmungsrechtes der Mitglieder, Säuberung der Mitgliedschaft von oppositionellen Elementen, zumindestens des Funktionärsverbandes. Man braucht sich nur die Statutenänderungsanträge zu den einzelnen Verbandsstagen anzusehen, und man ist vollkommen im Bilde, wohin die Reise geht. Die „Amerikanisierung“ der deutschen Gewerkschaften macht große Fortschritte. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie unterstützt den von der Bourgeoisie er strebten sozialen Differenzierungsprozeß, um die politische Schlagkraft des Proletariats zu lähmen. Das beweist die Zustimmung zum Erwerbslosen-Versicherungsgesetz mit seiner Unterstützungsstaffelung, der Zustimmung zu jener Lohnpolitik, die auf die Erweiterung der Lohnspannen abgestellt ist. Gegen die schlecht entlohnten Arbeiter, die anfangen zu rebellieren, wird man organisatorische Maßnahmen treffen, um sie von der Gewerkschaft fernzuhalten. Das geschieht durch Erhöhung der Aufnahmeverhältnisse, hohe Eintrittsgelder, Nichtaufnahme der Erwerbslosen usw. Das Ziel der Reformisten ist beg auf die Zusammensetzung der Gewerkschaften ist die Erfassung des qualifizierten Arbeiters, möglichste Abschaltung der schlecht entlohten Protesten. Die Opposition muß diese Gefahren sehen und mit allen Mitteln die „Amerikanisierung“ der Gewerkschaften verhindern.

### KPD-Betriebsrat gegen 1. Mai

Ein Arbeiter aus Büttigiersdorf schreibt uns: Ein Bravourstück leistete sich das Betriebsratsmitglied Giesecke in Firma J. C. Vogel. Betriebsobmann Genossen Vogel hatte bei der Firma durchgesetzt, daß der 1. Mai gefeiert wird. Das passte dem KPD-Fraktion nicht. Er hetzte die Arbeiter gegen die Genossen Vogel auf und schidde einen Unterhändler zum Unternehmer mit der erlogenem Mitteilung, die Arbeiter wollen den 1. Mai nicht feiern, und der Beschluss müsse rückgängig gemacht werden. Genossen Vogel berief daraufhin eine Betriebsversammlung ein und forderte die Arbeiter auf, welche den 1. Mai feiern wollten, auf die Seite zu treten, und welche arbeiten wollten, auf die andere Seite. Das Geschehen war groß, als Giesecke mit wenigen Getreuen nach der anderen Seite gingen. Damit war geschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Arbeiter, am 20. Mai der Partei Giesecke keine Stimme! Alle Stimmen der kommunistischen Partei!

### Ein Mai-Gruß aus Russland

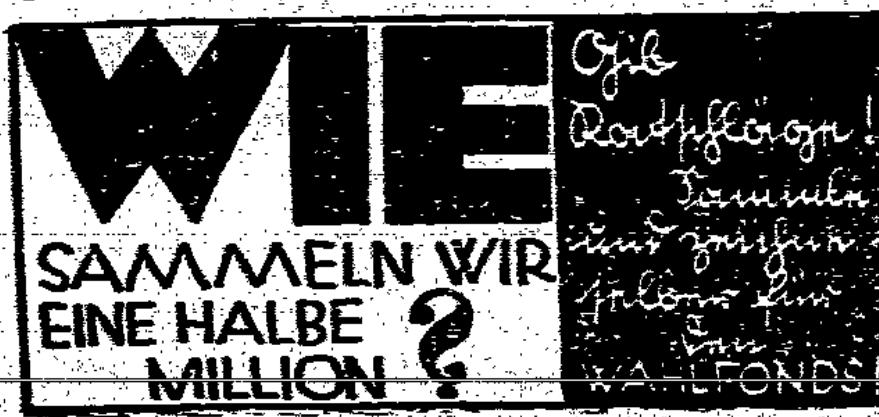
Die Gruppe der Schweidniger Arbeiter-Esperantisten erhielt am 1. Mai einen Brief aus Samara, in dem an die schlesischen Arbeiter u. a. folgende Worte gerichtet wurden:

"13 066 Eisenbahner, Mitglieder des Bezirks-Berufs-Komitees Samara, seien Euch, werte Genossen und Genossinnen in Schlesien die herzlichsten, brüderlichen Grüße aus Anlaß des 1. Mai, der Tag der internationalen Solidarität des Weltproletariats... Hoch die Einigkeit der Arbeiterbewegung aller Rassen, aller Länder, aller Kontinente, auf der Basis des revolutionären Klassenkampfes gegen die Kapitalisten! Vorwärts zur Weltunion der Sozialistischen Republiken!"

### Schädeldeude zertrümmert

In dem Bahnhofsneubauwerk Breslau-Haupt verunglückte gestern der Arbeiter Fritz Juch's schwer. Er war mit Kohlenausläufer beschäftigt. Ein gefüllter Karren-Sippe, fiel herunter und traf den Arbeiter mit sich. Der Zustand des Verunglückten ist besorgniserregend. Wer ist an dem Unfall schuld? Diese Frage kann jeder das Antreibersystem und die Latsche, die er vor kurzem die Arbeit reduziert wurden, kennt, leicht beantworten.

Die Kapitalisten mit Hilfe der Reformisten rationalisieren. Sie, am 20. Mai weiß Antwort!



# „Die Sozialdemokraten haben mitgeschaffen . . .“

## Und wo bleiben die andern?

Wir veröffentlichen nachstehend die dritte Quittung über die Eingänge für den Wahlsonntag:

Bisher quittiert . . . . .	531,89 Mark
E. Grottkau . . . . .	7,05 "
Görlitz . . . . .	18, " "
Kielburg . . . . .	40, " "
L. Sammelliste 16 841 . . . . .	5, " "

Zusammen 601,94 Mark

Wo bleiben die andern? Kein Parteigenosse, keine Parteigenossin, kein Kamerad darf sich der Ehrenpflicht entziehen, für den Wahlsonntag der SPÖ zu sammeln. Rechnet sofort die gesammelten Beträge ab auf Postcheckkonto Erichhausen, Breslau 290 16!

## 500 Prozent Mietsteigerung ist kein Wucher

Dieser Tage stand vor dem Großen Schöffengericht eine Verhandlung statt, die prinzipielle Bedeutung hat. Angeklagt war der Privatgelehrte Mag. Wichter wegen Wuchers mit Geschäftsräumen. Er hatte in seinem Grundstück Herdau Ecke Lehmgrubenstraße der Firma Stiebler einen etwa 60 Quadratmeter großen Laden vermietet. Die Friedensmiete betrug 2500 Mark und wurde später im beiderseitigen Einverständnis auf 3600 Mark erhöht. Als vor einiger Zeit der Vertrag ablief, wollte der Vermieter 15 000 Mark Jahresmiete haben. Dies lehnte die Firma Stiebler ab. Schließlich erklärte sie sich bereit, 9000 Mark zu zahlen. Der Wirt ging aber nicht darauf ein, sondern vermittelte die Räume an die Vereinigten Mostereien weiter.

Vor Gericht erklärte der Kaufmännische Sachverständige, daß die geforderte Miete untragbar sei, während der gerichtliche Sachverständige für Mietberechnung, ein Herr Schor, die geforderte Summe als nicht zu hoch ansah. Auf Grund dieses Urteils wurde der Angeklagte freigesprochen.

Mit diesem Freispruch hat also ein Gericht festgestellt, daß eine 500prozentige Mietsteigerung kein Wucher ist. Die Herren Hausbesitzer werden der Justiz ein solches Urteil wirklich dankbar sein. Hier handelt es sich immerhin noch um eine große Firma. Was aber sollen die kleinen Geschäftsläden sagen, wenn ihnen die Hauswirte nur mit solch wahnwitzigen Mietforderungen kommen? Sie werden ihren Laden schließen, ihre Existenz aufgeben müssen. Den Herren Hausbesitzern wird das nichts schaden. Sie werden immer wieder Mieter finden, die infolge des wahnwitzigen Konkurrenz-kampfes, und weil es große Geschäfte sind, deren Erfüllung die Bezahlung solch hoher Mieten zulassen, zum Zahlen bereit sind. Unter den Schlitzen kommen die Kleinen. Sie dürfen sich bei Herrn Dritscher, dem preußischen „Wohlfahrts“minister bedanken, dessen Aufhebungsvorordnung über die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume diese Zustände mit herbeigeführt hat. Auch die kleinen Gewerbetreibenden müssen eine falsche Politik der bisherigen Regierungen damit beantworten, daß sie am 20. Mai der Kommunistischen Partei die Stimme geben.

## Die „guten Beziehungen“ der Reichsbaukund-Angelagten

Gegenwärtig findet in Breslau der sogenannte Reichsbaukund-prozeß statt. Angelagert sind vier Männer, und zwar Appelt und Minnemann als Hauptäter und ihre Angestellten Kettus und Spalle als Milcheser. Appelt und Minnemann sollen durch schwindsüchtige Versprechungen eine Reihe Wohnungsuchende, denen sie Siedlungshäuser bauen wollten, schwer gefährdet haben. Der erste Tag war mit der Vernehmung der Angelagerten ausgesetzt.

Am zweiten Verhandlungstage erhielt vor Beginn der Zeugenvernehmungen der Angelagte Appelt auf seinen Wunsch hin das Wort, weil er noch einmal zusammenhängend über den Verdegang seines „Unternehmens“ sprechen wollte. Das Interessanteste an seinen unerlösen Ausführungen war, daß er immer wieder auf die „hohen“ Stellen anspielete, mit denen er in Verbindung gewesen sein will. Er, angeblich früherer sozialdemokratischer Stadtrat in Bützow bei Cottbus, sprach von dem preußischen Inneminister Grzesinski wie von einem alten lieben Freunde. Auch Stegerwald, Hirschfeld und Böde wurden bemüht, ja, es trat sogar irgend ein geheimnisvoller Verbindungsmann des Kuntius Pacelli in Erscheinung. Die Freundschaft mit Grzesinski glaubt man dem Angeklagten ohne weiteres, weil er in seinem Vortrag dieselben gequollenen nationalen Phrasen gebraucht wie der sozialdemokratische Inneminister vor kurzem in Hindenburg. Natürlich will Appelt seine Betrugsabsichten gehabt haben. Bei der Gründung des Reichsbaukundes seien zu zwei Dritteln „idealistische Motive“ ausschlaggebend gewesen. Er wollte jedem Arbeiter und Beamten ein Heim schaffen, denn eigenes Heim erziehe zu Pflichtbewußtsein und dieses wieder zu „Nationalbewußtsein“. Um sich die Richter gewogen zu machen, vergibt Appelt nicht, den Freiherrn von Stein und den alten Bismarck zu zitieren.

Im Anschluß an diese Ausführungen des Angelagten Appelt wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahrene. Das Publikum brachte der Verhandlung wenig Interesse entgegen, im Zuhörerraum herrschte gähnende Leere.

## Rein Tag ohne Selbstmorde

Der Rosenthalstraße wohnhafte Maler B. erhängte sich am Dienstag in seiner Wohnung. — In ihrer Wohnung Rosenstraße versuchte sich eine Frau mit Leuchtgas zu vergiften. In bewußtlosem Zustande wurde sie in das Allerheiligenspital geschafft. — Gestern morgen versuchte sich eine Frau, von der Universitätsschule in die Oder zu stürzen. Sie konnte daran gehindert werden.

Schlägerei auf der Schweidnitzer Straße. Ein aus Rothsfürthen stammender Arbeiter geriet auf der Schweidnitzer Straße mit einigen offenbar nicht mehr ganz nüchternen Teilnehmern einer Kneiperei der „waffenträgenden“ Studenten in Streit. Es entwidete sich daraus eine Schlägerei. Als der Arbeiter vor der Uedermacht die Flucht ergriff, wurde er von einem Reichswehrsoldaten eingeholt, der dann in Gemeinschaft mit einem Polizeibeamten dem Arbeiter rücksichtslos Handhellen anlegte, worauf man ihn auf die Wache schleppte.

Parteigenossen und Kameraden von Obertor und Scheitnig! Das Zentralwahllokal des Stadtteils II befindet sich bei Schneider, Rosenstraße, Ecke Ottostraße. Die erwachsenen Partei- und KFV-Genossen treffen sich dort jeden Nachmittag. — Alle Partei- und KFV-Genossen des Stadtteils II und der Abteilungen II und III beteiligen sich am Sonntag an der Auto-Landtagitation. Das Fahrgeld bei den Kassierern sofort zu entrichten.

## ... sagt Binnensminister Brauns in Breslau

Die Versammlung der Binnenspartei am vergangenen Sonntag gewann durch den als Referenten angestellten Reichsarbeitsminister Brauns eine besondere Bedeutung. Der Saal im Vinzenzhaus war von etwa 700 Personen besucht. Meist treue Anhänger des Binnens, darunter viele Bekannte aus der Sozialfürsorge. Auch einige von dem ruhmreichen Mittelstand hatten sich eingefunden und verteilten Flugblätter der Auswerter. Nur wenige Arbeiter sah man. Nach Eröffnung hielt der Versammlungsleiter eine lange Weltrausrede auf die Binnenspartei und die Verdienste des Reichsarbeitsministers. Brauns sprach, geschickt jedes Wort abwägend und nur überschlächtig zu allen Fragen der Innen- und Außenpolitik seit 1918. Weder und wieder behauptete er, die Politik des Binnens sei für die anderen Parteien richtunggebend gewesen. Das Binnens sei der ruhende Pol in der Erhebungen Flucht gewesen. Es habe keine Regierung ohne Binnens gegeben — und werde auch keine geben. Den Deutschnationalen mache Brauns den Vorwurf, daß sie einmal so, ein andermal so sind. Der Volkspartei könne er die Haltung in der Frage des Schulgesetzes nicht verzeihen. Die Demokraten nannte er „die Leute von der Worte und vom Finanzkapital“. Den Sozialdemokraten nahm Brauns die zweideutige Haltung in Religionsfragen ableid. Mit den Kommunisten beschäftigte er sich gar nicht. Das Programm seiner Partei läßt Brauns wie folgt: Außenpolitisch — wie bisher seit Locarno; Innenpolitisch — auf dem Boden der Verfassung, wobei die Erhaltung der Republik nicht davon abhänge, ob liberal die Flagge gehisst werde. Versprechungen an die Landwirte und Erinnerungen an die Bauern, keine eigene Partei zu gründen, sondern Binnens zu wählen. Erhaltung des Mittelstandes. Reform der Steuergesetzgebung. Besserer Finanzausgleich. Reform der Sozialgesetzgebung. Ausbau des Schulungswesens. Nach wie vor für das Reichsschulgesetz. Die Stützlichkeit müsse dem Volke erhalten bleiben und die christliche Familie gerettet werden.

Der stärkste Triumph des Arbeitsministers war folgender Ausspruch: „Man redet in den Wahlversammlungen von einer sozialen Revolution in Deutschland. Das ist eine Lüge. Denn alle wichtigen Gesetze sind bei Mitwirkung und Zustimmung der Sozialdemokratie geschaffen worden, also können sie doch unmöglich revolutionär sein.“

Die Ausschüsse des Reichsarbeitsministers wurden des öfteren von demonstrativem Beifall unterbrochen. Als bei der Bewilligung des Panzerkreuzers in einer Ecke stark und hämisch gehustet wurde, waren die Ordner sofort zur Stelle. Eine Aussprache wurde nicht zugelassen. Auf den energischen Protest einiger Arbeiter und die hämischen Kurze: „Ihr habt Angst“, machte der Versammlungsleiter

Ein Stützleitsverbrecher festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde ein 23jähriger Ladenschreiber, der auf der Alsenstraße wohnt, festgenommen. Er soll an Schülern und Schülerinnen unter 14 Jahren, denen er Nachhilfestunden gab, Stützleitsverbrechen verübt haben.

Wieder Schrebergarteneinbrüche. Dieser Tage wurde eine Schrebergartenlaube am Sauerbrunn erbrochen und neun darin befindliche Kaninchen abgeschlachtet und die Felle mitgenommen.

Von der Feuerwehr. Am 1. Mai gegen 19.30 Uhr waren Wehbergergasse 4 in einem Produktenkeller wahrscheinlich durch Unachtsamkeit Papier und Lumpen zur Entzündung gekommen. — Kurz vor 21 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Hochwaldstraße gerufen. Hier mußte in Brand geratenes Gerämpel mit einer Schlauchleitung abgelöscht werden.

Aus der Ohle gelandet wurde am Dienstagnachmittag die Leiche des Fleischergesellen Frischell, wohnhaft Laurentienstraße 106.

Sperrung der Freiheitsbrücke. Wegen Plasterausbesserungen wird die Freiheitsbrücke bis zum 9. Mai für Fahrzeuge aller Art halbstetig gesperrt. Der West-Ostverkehr in Richtung Scheitnig wird während dieser Zeit über die Lessingbrücke umgeleitet.

## Mittelschlesien

Neumarkt. Straßenunfälle. Auf der Chaussee zwischen Radibor und Krinitz wurde der Deutschnationale Parteianhänger Henning von einem unbekannten Motorradfahrer umgerissen und erheblich verletzt, so daß er in ein Breslauer Krankenhaus übergeführt werden mußte. — Der Sohn des Schmiedemeisters Schäfer in Lampersdorf wurde, als er in der Nähe von Domslau mit dem Motorrade fuhr, von einem Auto überholt und heftig beiseite gestoßen. Die dabei erlittenen Verletzungen haben den Tod zur Folge gehabt.

Strehlen. Straßenunfall. Der Haushälter Scholz wurde auf dem Steinweg von einem Motorradfahrer umgefahren und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Ohlau. Unfall. Der Schiffer Pantosch aus Oderstein geriet auf einem Oderkahn beim Umlegen des Kastens in die Winde. Drei Finger wurden ihm gänzlich abgequetscht und zwei andere sehr schwer verletzt.

Krieg. Unsere Maidemonstration. Am Dienstag vormittag stand Brieg im Zeichen der von der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund veranstalteten Maidemonstration, die an den Kasernen ihren Anfang nahm und sich über den Straßen der Innenstadt bewegte. Am Ring und an den Kasernen hielt Genosse Dombrowski Breslau vor etwa 500 bis 600 Arbeitern und Arbeitern eine Ansprache, in der er auf die

von dem Mittel der „Demokratie“ Gebrauch. Er ließ abstimmen, im voraus bestimmt wissend, daß die überwältigende Mehrheit freie Binnensanhänger waren. Immerhin stimmten etwa 100 Personen für Aussprache.

Der Reichsarbeitsminister hat gesprochen. Wenn es so geht, wie er und das Binnens es wünschen, so wird alles beim Alten bleiben, bis auf den Einfluß der katholischen Kirche, der bestreikt werden soll. Arbeiter, duer Wunsch ist das bestimmt nicht. Deshalb setzt alle Kräfte zur Aufführung ihrer Arbeitsbrüder ein. Das Binnens ist eine arbeiterfeindliche Partei. Diese Partei am 20. Mai keine Stimme.

## Der Wahlkampf auf dem Lande

Die Sozialdemokraten veranstalteten am Sonnabend und Sonntag im Kreis Ohlau mehrere öffentliche Versammlungen. Am Sonnabend referierte in Jägendorf der Ohlauer Stadtvorsteher Pöttinger. Ihm trat in der Diskussion Genosse Thomass in fast einstündigen Aussprüchen entgegen. Unter grohem Beifall erinnerte er die Sozialdemokraten an ihre arbeiterfeindliche Preußenpolitik. Zum Verbot des KFV brachte er eine Resolution ein, die bestimmt Annahme gefunden hätte, wenn Referent und Versammlungsleiter zum Schlus durch wütende Kommunikationen sich nicht einen Unschuld geschaffen hätten, die Versammlung abzubrechen und eine Abstimmung über die Resolution zu umgehen. — Am Sonntag war SPD-Versammlung in Rohrbach. Unter Führung ihrer Dorfschwestern und eines „Doktors“ aus Breslau nahmen die in diesem Dorf vorhandenen freiwilligen und unfreiwilligen Deutschnationalen an ihr teil. Der sozialdemokratische Referent beschäftigte sich in erster Linie mit dem Bürgerblod. In der Diskussion sprach der deutschnationalen „Geburte“ aus Breslau. Mit albernen Witz oder Verbrechungen versuchte er die „Unbeschreiblichkeit“ des Sozialismus zu beweisen. Genosse Thomass wies die deutschnationalen Dummköpfe zurück und rechnete in schärfster Weise mit dem Bürgerblodpolitik ab. Dabei ging es einmal recht stürmisch zu, und es bedurfte erst einiger deutlicher Worte der anwesenden Bellerwölker Genossen, mehrere Überläufe Großgartnerfreunde zum Schwelgen zu bringen. Genosse Thomas wandte sich dann noch gegen die sozialdemokratische Politik und forderte die Abwesenden auf, kommunistisch zu wählen. Am Schluswort mußte der SPD-Redner zugeben, daß die Stellung der Kommunisten zur Reichspräsidentenwahl richtig war. Auch seine sonstigen Worte gegen die Kommunisten schränkte er ganz bedeutend ein.

In beiden Orten hatte zum ersten Male ein Kommunist gesprochen. Wie man im Gespräch mit einigen Landarbeitern feststellen konnte, waren seine Aussprüche nicht umsonst gewesen, sondern hatten doch den einen oder anderen zum Nachdenken angeregt.

## Öffentliche Jungarbeiter-Versammlung

Donnerstag 20 Uhr Hubertusäule, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

### Thema:

„Die Wahlen und die arbeitende Jugend“

Referent Genosse Thomass

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen erscheint zahlreich! Kommunistischer Jugendverband und Rote Jungfront treten um 19 Uhr am Bahnhof an. Alles erscheint!

alten Maßforderungen des Proletariats, den Achtstundentag, Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus hinzu und den Standpunkt der Kommunistischen Partei zu diesen Fragen verlegt. Hiermit verband der Redner eine Brandmarkung an der Politik der SPD, die, wie Brieg zeigt, den Gedanken der Arbeitsruhe am 1. Mai schnell preisgegeben, die Maßforderungen des Proletariats verraten habe. Große Entrüstung rief die Mitteilung des Redners hervor, daß die SPD zu einer zwanglosen Maifeier aufgefordert und statt einer Demonstration sich mit einem Fackelzug am Abend begnüge. Auch die Mitteilung, daß der Konsumverein „Einfachheit“ seinen Laden am 1. Mai geöffnet habe, wurde mit Empörung aufgenommen. Genosse Dombrowski schloß seine Rede mit einem Appell an die anwesenden Arbeiter, am 20. Mai durch die Stimmabgabe für die kommunistische Partei das Gelöbnis, alle Kräfte für die proletarische Revolution einzutreten, abzugeben. Die Nachmittags- und Abendveranstaltungen waren gut besucht. Beim Ringkonzert des KFV wurde eine größere Anzahl Literatur abgesetzt. Infolge des häufigen Verhaltens der Gewerkschaftsführer war die Arbeitsruhe am Ort leider nur schwach durchgeführt und beschränkte sich hauptsächlich auf die Bau- und Holzarbeiter.

Donnerstag, 3. Mai, 18: Handwirtschaftskammer Dr. Oberstein; Die deutsche Kartoffelkiste. • 18.30: Funkspiele. Dr. Banz (Violin). • 18: Tb. Kappelein: Humor als Weltgeschicht und Lebenshaltung. • 18.25: Margarethe Riefer-Steffe: Im Jugendgefährnis. • 19.25: Englische Melodie. • 19.50: Ehrl. in die Redeschule. • 20.30: Schuberl. Abend. Mitw.: Louis (Tenor), Santa (Flöte), Bolton (Flöte). Liebes Lied. Tolengüber. Weise. Am mein Klavier. Liebhaber in allen Gestalten. Hille der Liebe. Geheimnis. Weinmu. Auf dem Strom. Einleitung und Variationen über ein Original-Thema (Ihr Blümchen alle). Prometheus. Der Jägerling und der Tod. Der Vater mit dem Kind. Freude der Kinderzärt. Liebeslachen. Willkommen und Abschied. • 22: Abendberichte. Kunsteinricher. Blechblasen.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

Stadtteil 1 (Ost). Die Mitgliederversammlung am Freitag fällt aus. Um 23 Uhr Funktionärsfahrt im Weißfelschlöß.

Stadtteil 3 (West). Donnerstag 19.30 Uhr bei Hanke, Mariannenstraße 7, Stadtteil-Generalversammlung.

Stadtteil 4 (Süd). Donnerstag 20 Uhr Gesamtfunktionärsfahrt bei Schneemann, Sadowastraße 8.

Stadtteil 5 (Zentrum). Freitag 19.30 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, Mitgliederversammlung.

### Jung-Spartakus-Bund

Breslau.

Rath. Donnerstag 17 Uhr Heimabend „Stadt Ramslau“, Mitgliedsbücher und Beitrag mitbringen.

### Roten Frontkämpfer-Bund

Breslau.

Abt. 5. Alle Kameraden nehmen teil an der Parteimitglieder-Veranstaltung Freitag 19.30 Uhr im „Turmhof“.

KFV. Donnerstag 20 Uhr bei Reinmann, Neue Antonienstraße.

Sozialistische Partei: Wer den politischen Teil unter Dombrowski, „Werke und Werkstatt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Bierbaum für Breslau „Schrift“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, „Schrift“ in Breslau — für den sozialistischen Teil unter Bierbaum, „Schrift“.

## Werktag von Scheitnig und Oder tor!

Freitag 20 Uhr  
im „Lessing“, Waltherstraße 10,

## Deffentl. Wählerversammlung

Thema:  
„Die Kommunisten im Kampf gegen die Feinde der Werktagen“  
Referent: Genosse Kurt Erbe

Antreten zur Propaganda: Abteilung 2: 19 Uhr Laurentiusplatz; Abteilung 3: 19 Uhr Weizenburger Platz. Parteigenossen beteiligen

